

Meinhard Creydt

Kampf und Krampf – Analyse und Kritik des gemäßigten Linksradikalismus

Ein Plädoyer für Bildungsarbeit und gegen beliebige Betriebsamkeit und geistiges Fastfood

(erschien am 8.4. 2023 in contradictio.de)

„Erst durch das Lesen lernt man, wie viel man ungelesen lassen kann“ (Wilhelm Raabe).

Inhalt:

I Mentalitäten und Vorgehensweisen

- Lauter Anregungen und Tipps zum Engagement – oder: „Es wird schon.“
- Sich an alles dranhängen – Dabeisein ist alles
- Der Gefallen an Pseudo-Evidenzen
- Die gegenwärtige Gesellschaft als Summe von Verstößen gegen begrüßenswerte Anliegen
- Das Sich-Verlieren in Varia und Curiosa
- Die mangelnde Zentrierung
- „So vernetzt Euch doch!“
- Hauptsache „Selbstregierung“ – Die Begeisterung über Wohlfühlvokabeln
- Ein Herzenswunsch geht in Erfüllung: Anerkennung unter Politikern
- Aufgaben einer sozialistischen Zeitung

II Systematische Gesellschaftsanalyse als notwendiges Fundament

S. 15

- Die unkritische Berufung auf die bürgerliche Verfassung
- Linke Vulgärökonomie – Die Ersetzung von Wert- durch Machttheorie
- Die Mystifikationen der „Oberfläche“ in der kapitalistischen Ökonomie
- Die Ignoranz gegenüber der erforderlichen Qualifikation und der Anstrengung, die eigenen Auffassungen immer wieder daraufhin durchzuarbeiten, inwieweit sie Mystifikationen aufsitzen
- Ein Denken, das im Horizont von verdinglichten „Faktoren“, erwartbaren Abläufen und äußerlichen Verknüpfungen verbleibt
- Bildungsarbeit und Gegenmilieu
- Schluss – „Zu wenig und zu viel ist dem Narren sein Ziel.“

Literatur

S. 44

Einleitung

Im Unterschied zur Linkspartei wollen manche radikalere Linke mehr. Dieser Text fragt nach ihrem theoretischen Rüstzeug und nach dem Stellenwert, den sie der eigenen Qualifikation und der Bildungsarbeit zumessen. Er klammert solche Gruppen aus, die es dabei belassen, das Wort „Kommunismus“ wie eine Monstranz vor sich herzutragen und möglichst oft mit roten Fahnen herumzuschwenken. (Videos von der jährlichen Berliner Luxemburg-Liebkecht-Demonstration zeigen eine Heerschau solcher Helden.) Stattdessen widmet sich der Artikel zwei Monatszeitungen: „Sozialistische Zeitung“ aus Köln (SoZ, Auflage: 2000) sowie „Analyse & Kritik“ aus Hamburg (A&K, Auflage: 7000).

Wir arbeiten in Teil I einige typische Vorgehensweisen heraus, die diese Zeitungen ausmachen. Die Auseinandersetzung mit ihnen eröffnet lehrreiche Einblicke in zentrale Ideologeme und charakteristische Mentalitäten vieler Linker am Rande der Linkspartei oder links von ihr. In Teil II geht es um die massive Brisanz, die das in der kapitalistischen Ökonomie gründende mystifizierte Bewusstsein hat. Vor diesem Hintergrund begründen wir, welche theoretische Qualifikation, Schulungs- und Bildungsarbeit notwendig ist.

I Mentalitäten und Vorgehensweisen

Lauter Anregungen und Tipps zum Engagement – oder: „Es wird schon.“

Die Artikel in A&K sowie SoZ zeigen sich häufig begeistert darüber, dass – wie die Autoren meinen – etwas „anfängt“. In allem Möglichen sehen sie den Anfang von dem, was sie sich erwünschen. Allerlei Vorhaben werden vorgestellt. Was aus ihnen wird oder was die Voraussetzungen und Schritte sein können, damit aus ihnen etwas werden kann – das interessiert diejenigen wenig, die die Absicht für die Tat nehmen. Überall möchten sie den Frühling von Bewegungen sehen. Dass erst der Herbst die Ernte bringt – oder auch nicht – und was sich nach dem Frühling abspielt, das interessiert Frühlingsfreunde nicht so recht.

Auf S. 3 der SoZ-Februarausgabe 2022 heißt es gleich in der Überschrift eines ganzseitigen Interviews: „Wir haben die Straße zu lange den Querdenkern überlassen“. Sollen Linke sich in ein Konkurrenzverhältnis zu den „Querdenkern“ stellen? *Die* demonstrieren, *also* müssen wir „intervenieren“? Verschärft findet sich diese Herangehensweise in der Überschrift eines langen Interviews in A&K (Nr. 673, 17.8.2021, S. 6): „Linke kritisieren eher den Klimawandel, als vor Ort zu helfen“. Gemeint war der „Hochwassereinsatz in Bad Münstereifel“. Tatsächlich waren ja im Ahrtal nach der Flutkatastrophe viele engagierte Menschen aktiv. Es bewegte sich was und – so die Logik von Bewegungsfreunden – wo es „Bewegungen“ gibt (hier: die Helferbewegung), da *müssen* Linke dabei sein. Sie sollen sich für wirklich *alles* zuständig fühlen.

Thomas Goes ist Bundestagskandidat für die Linkspartei in Göttingen und wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut. Er schreibt, „die Parteilinke“ – in der Linkspartei – „sollte an der Fähigkeit der Partei arbeiten, auch aus einer rebellischen Regierung heraus Macht auszuüben“ (SoZ 2021, April, S. 20).

Was können sich die Leser unter einer „rebellischen Regierung“ vorstellen? Eine Regierung wie in Kuba, die fortschrittliche Bewegungen in anderen Ländern (so die MLPA in Angola) militärisch unterstützt? Das ist wohl nicht gemeint. Waren kleine oppositionelle Parteien Teil einer Regierungskoalition, so hielt sich ihr Rebellentum aller Erfahrung nach in den sehr engen Grenzen der Koalitionsdisziplin. Schnell wurde ihnen vom stärkeren „Partner“ deutlich gemacht: „Ihr habt, um das ‚größere Übel‘ auszuschließen, in die Koalition eingewilligt, also gefährdet sie auch nicht!“ „Rebellische Regierung“ suggeriert, frau könne alles zugleich haben: Regierung und Opposition, Kapital im Dienst der Lohnabhängigen und Kernkraftwerke ohne Radioaktivität.

Auf der selben Seite der SoZ-Aprilausgabe steht ein Artikel von Axel Garbelmann. Er begrüßt die linke Beteiligung an den „Kassler Kommunalwahlen“, ohne sich den bereits seit langem vorliegenden Gegenargumenten zu stellen.

Die in der Kommunalpolitik Tätigen lernen „rasch die Realitäten des kommunalen Haushalts und der von landes- und bundesrechtlichen Vorgaben gesetzten Grenzen kommunalpolitischer ‚Zuständigkeit‘ und Gestaltungsfähigkeit kennen, die man zwar politisch angreifen, aber allein nicht ändern kann. Man lernt, die Probleme der Zivilgesellschaft durch die verrechtlichte Brille der Verwaltung zu betrachten.“ Es „wird tendenziell verdrängt, dass insbesondere die sozialen Lebensbedingungen in den Kommunen nur in geringem Umfang von der Kommunalpolitik beeinflussbar sind. In gewisser Weise ist dies ähnlich wie bei Betriebsräten, die in langjähriger täglicher Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber bezüglich betrieblicher Probleme auch eher selten dazu kommen, sich mit Grundsatzfragen gewerkschaftlicher Politik zu befassen, und die deshalb nicht selten jenen ‚pragmatischen Realismus‘ betrieblichen Co-Managements mit dem Kapital entwickelten, der indes weder pragmatisch noch realistisch ist, wenn man nach seinem Potenzial zur Erreichung gewerkschaftspolitischer Ziele fragt. So entsteht eine quasi naturwüchsige Tendenz zur Entpolitisierung der aktiven örtlichen Parteibasis.“

Das schreibt Daniel Kreutz in den Sozialistischen Heften Nr. 15, 2007, S. 39f. Er war von 1990-2000 grüner Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag und ist der SoZ seit langem verbunden. Die Überschrift seines Artikels lautet „Über Risiken und Nebenwirkungen parlamentarischen Erfolgs“. Die kommen in den Artikeln von Goes und Garbelmann erst gar nicht vor.

Sich an alles dranhängen – Dabeisein ist alles

Die Leser erfahren unter der verheißungsvollen Zwischenüberschrift „Die größte soziale Bewegung der Welt“ folgende Botschaft: „Fußballfans bewegen Gesellschaften – und das nicht nur im sportlichen Kontext, sondern weit darüber hinaus. Soziale Bewegungen und Revolutionen sind von ihnen mit angestoßen worden“ (Raphael Molter: Das Potenzial des Fußballs. In: A&K, Nr. 682, 17.5.2022, S. 24). Vor kurzer Zeit feierte man/frau die „Willkommensbewegung“, eben wurde noch die linke Beteiligung an der Bewegung des Technischen Hilfswerks im Ahrtal vermisst, schon richtet sich der Blick auf die ... Fußballbewegung.

Bürger beobachten die Polizei. Dafür gibt es Organisationen wie Amnesty, die Humanistische Union, den Republikanischer Anwaltsverein (RAV), das Komitee für Grundrechte und Demokratie usw. Muss aber eine sozialistische Zeitung all das wiederholen, was Anwälte der Grundrechte gegenwärtig bereits mit viel größerer Öffentlichkeitswirksamkeit schon verbreitet haben? In der SoZ 2/2022 findet sich ein Artikel über die französische Polizei. Das Editorial (S. 2) wirbt für diesen Artikel mit dem Satz „Was er herausgefunden hat, müsste jeden Bürger alarmieren.“ So wird es wohl auch sein.

Was „Bürger alarmiert“, muss aber eine „sozialistische Zeitung“ nicht unbedingt interessieren. Was derlei Texte mit einem irgendwie gearteten Anliegen zu tun haben, für die Überwindung der

bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Ökonomie zu argumentieren und Leute davon zu überzeugen oder ihnen Hilfen an die Hand zu geben, wie sie bei anderen dafür überzeugend eintreten können, das wird nicht deutlich.

Die Anhänger von Ernest Mandel, in deren Tradition die SoZ und die Zeitschrift „die internationale“ stehen, haben gern *ihre* Hoffnungen in allerhand Bewegungen und Regierungen projiziert (Tito, Ben Balla (erster Staatspräsident Algeriens), Castro, die guevaristischen Guerillagruppen in Lateinamerika) und die inhaltlichen Grenzen ihrer Positionen hoffentlich ausgeblendet. (Das wurde schon früh überzeugend kritisiert: Vgl. IKD 1970, 35-40. Vgl. a. <http://www.rsb4.de/content/view/1888/85/>.)

Diese Vorgehensweise kann als einfaches Gegenteil zum Sektierertum gelten oder als sein komplementäres Gegenstück. Es gibt sowohl gute Gründe dafür, das Sektierertum vermeiden zu wollen, als auch legitime Vorbehalte gegen eine problematische Kritik am „Sektierertum“. Letztere hat „in den meisten Fällen nicht unsere schwache, sondern ausgerechnet unsere starke Seite im Sinn: unsere Ernsthaftigkeit gegenüber der Theorie; unser Bemühen, jede Situation bis in ihre tiefsten Niederungen auszuloten [...]; unsere Feindseligkeit leichten und bequemen Entscheidungen gegenüber, die uns vielleicht heute unserer Sorgen entheben mögen, dafür aber die Katastrophen von morgen vorbereiten“ (Leo Trotzki: Zentrismus, Sektierertum und die IV. Internationale, 22.10. 1935). Damit können diejenigen partout nichts anfangen, deren Motto lautet: „Dabei sein ist alles“.

Der Gefallen an Pseudo-Evidenzen

Die SoZ 1/2023 (S. 5) zitiert kommentarlos eine negative Äußerung aus der Bibel über die Reichen. Suggestiert wird: Wer sich wirklich an die Bibel halte, müsse Kapitalismuskritiker sein. Dieses Vorgehen ist kurzschlüssig. Es bleibt der Bibel äußerlich. Ihre inhaltlichen Botschaften sind keineswegs eindeutig. Die Geschichte zeigt: Mit einzelnen Bibelsprüchen ließ sich für so ziemlich alles eintreten und auch für das Gegenteil. Bekanntlich wurde bspw. in der „protestantischen Ethik“ das Streben nach Gewinn als Weg verstanden, sich Gottes Gunst als würdig zu erweisen. In *einem* Punkt besteht in der Bibel allerdings keine Unklarheit: Nach dem Sündenfall existiert viel moralische Schlechtigkeit unter gottlosen Menschen. Von ihnen sei auf Erden realistisch gesehen nichts anderes als ein entsprechend wenig moralisches Wirtschaften zu erwarten. Die christliche Heilserwartung bzw. das Reich der himmlischen Gerechtigkeit sind nicht von dieser Welt. Viele Linke missverstehen die „Kapitalismuskritik“ von Papst Franziskus interessiert bzw. vereinnahmen sie. Vgl. dazu meinen Artikel im Humanistischen Pressedienst (Humanist. Verband): <https://hpd.de/artikel/papst-franziskus-kapitalismuskritik-entsorgt-15879>

Die SoZ 1/2023 bringt auf S. 24 einen ganzseitigen Bericht über die finanzielle Unterstützung von Industriellen vor 1933 für Hitler. Gewiss gab es solche Zahlungen. Ein völlig falsches Bild entsteht aber, wenn drei entscheidende Tatsachen zielsicher ausgeblendet bleiben: 1) „Das“ Kapital spendete für die NSDAP, aber zugleich in größerem Umfang auch für andere Parteien. 2) Die große deutsche Industrie war weniger für den von ihr als zu radikal und unberechenbar eingeschätzten Hitler als für

die DNVP (Deutschnationale Volkspartei) und Papen. 3) Die NSDAP finanzierte sich vor 1933 zum Hauptteil durch Beiträge und die freiwilligen Arbeitseinsätze ihrer Anhänger.

Bedient wird mit dem SoZ-Artikel ein unterkomplexes Verständnis politischer Prozesse. Es schließt die „Fehlannahme“ ein, „dass Parteien am Gängelband privater Finanziers hängen und von diesen aufgrund finanzieller Zuwendungen nicht nur beeinflusst, sondern sogar gesteuert würden“. Für die NSDAP ist diese Annahme „durch eingehende Quellenauswertung als Legende widerlegt worden“ (Pyta, Orth 2021, 430f.).

Die inhaltlich falsche These von der für den Sieg der NSDAP entscheidenden Rolle der Finanzierung durch das Kapital ist alt. Seit Jahrzehnten gibt es Kritik an dieser These. (Vgl. das wikipedia-Stichwort „Großindustrie und Aufstieg der NSDAP“.)

Wie bei dem Bibelzitat wird auch hier eine Teilinformation aus dem Gesamtzusammenhang, in dem sie erst ihren bestimmten inhaltlichen Stellenwert gewinnt, herausgerissen, isoliert und zur Pseudoevidenz verabsolutiert. Wer Pseudo-Evidenzen anbietet, ist entweder naiv (Unwissen über das Thema) oder setzt demagogisch auf schnelle Effekte durch vermeintliche „einfache Wahrheiten“. Eine Zeitung, die so vorgeht, qualifiziert ihre Leser nicht, sondern stattet sie mit geistigem Fastfood aus. Damit können sie in ernsthaften Auseinandersetzungen nur untergehen bzw. machen ihr Anliegen lächerlich.

Die gegenwärtige Gesellschaft als Summe von Verstößen gegen begrüßenswerte Anliegen

Die Gesellschaft erscheint in der SoZ und in A&K als Ansammlung von Verstößen gegen einzelne berechnete Anliegen. Da herrsche ein schlechter Umgang mit der Natur und darauf antwortete der Umweltschutz, da gehe es den Frauen schlecht und darauf antwortete der Feminismus. Angehörige der Unterschichten stoßen auf Vorurteile sowie Hindernisse bei ihren Aufstiegsambitionen im Geschäfts- bzw. Erwerbsleben und das thematisieren die gegenwärtig so modischen „Klassismus“-Theorien. (Zur Auseinandersetzung mit ihnen vgl. Creydt 2021a). Diese Herangehensweise rückt den jeweils speziellen Bereich ins Zentrum. Die Gesellschaft kommt dann ins Spiel als günstige bzw. negative Bedingung des Gelingens des jeweiligen besonderen Anliegens.

Schon 1970 wurde diese „Liquidation der Kategorien von Totalität und Vermittlung“ kritisiert: „Die Vermittlung der Einzelwidersprüche kann nur unterm Gesichtswinkel der gesellschaftlichen Totalität geleistet werden. Allein die Kategorie der Totalität ermöglicht es, die [...] Widersprüche zueinander in eine [...] Beziehung zu setzen. Wo aber die Geschichte in eine arithmetische – und deshalb im Prinzip endlos fortsetzbare – Aneinanderreihung von partikularen Antinomien aufgelöst wird, verlieren sich gesellschaftliche Prozesse in eine chaotische Unendlichkeit, in der Fortschritte nicht mehr denkbar sind, weil alle Widersprüche als letztlich qualitativ gleichwertig erscheinen“ (Ebmeier 1970, 40).¹

1 Mit Bedacht zitieren wir eine Stimme aus derjenigen Fraktion in der deutschen Sektion der Vierten Internationale, die schon Ende der 1960er Jahre eine grundlegende Kritik am Kurs der Anhänger von Ernest Mandel formuliert hat. Sein Denken prägte die Gruppe Internationale

Linke Zeitungen (wie z. B. A&K und SoZ) zeigen sich nicht sonderlich interessiert an der Frage, wie Ideologien in die vermeintlich ganz gegenstandsnahen und bereichsspezifischen Diskurse eingehen und sie kontaminieren. Ein Beispiel dafür ist der Begriff des „Ökosystems“ (vgl. dazu Creydt 2019). A&K und SoZ zeigen wenig Aufmerksamkeit für die blinde Flecken der Klimaschutzbewegung (vgl. Eisel 2009, vgl. Thürmer-Rohr 1999, 117ff., vgl. Creydt 2021) egal.

Die SoZ bringt eine ausführliche Buchempfehlung zum „Klassismus“ (Nr. 3/2021, S. 21). Die promovierte Autorin, Gisela Notz, spart alle Probleme dieses Ansatzes aus. Ihr Artikel wirbt für „Klassismus“-Publikationen und verschweigt die bereits lange vorliegende fundierte Kritik an den im Klassismus-Ansatz enthaltenen Ideologemen (vgl. Baron 2014, Choonara, Prasad 2014, Kováts, Land 2021). Der Artikel von Notz könnte in einer x-beliebigen Studentenzeitung oder auf jeder Netzseite links von der FDP stehen.

Das Sich-Verlieren in Varia und Curiosa

Auf S. 21 der SoZ-Februar Ausgabe 2022 steht ein Artikel über Anita Garibaldi, „die erste Frau des populären italienischen Freiheitskämpfers Guiseppi Garibaldi, eines der zentralen Personen [...] der italienischen Einigungsbewegung zwischen den Jahren 1820 und 1870.“ Der Artikel lobt, dass Anita Garibaldi sich im Unterschied zu anderen Frauen ihrer Zeit sich politisch engagierte und an Aufständen beteiligte. Hinzu kommt ein zweites Motiv, das die Leser für Frau Garibaldi einnehmen soll. Sie sei „ein Symbol der Liebe, Entschlossenheit und Tapferkeit“, so heißt es am Schluss des Artikels. Diese Tugenden zeigen viele KämpferInnen und Kämpfer. Über den Inhalt ihrer Anliegen ist damit nichts gesagt. Auch Monarchistinnen, Faschistinnen und Sektenanhängerinnen lassen es in ihrer Kampfzeit mutmaßlich nicht an „Liebe, Entschlossenheit und Tapferkeit“ fehlen. Inwiefern spricht das *für* sie?

In A&K Nr. 675/2021 heißt es, dass linkes Preppen bedeute, „einen Vorrat an Solidarität“ anzulegen. „Im Zentrum von Preppen, abgeleitet vom Englischen ‚to prepare‘ (vorbereiten), steht die Vorbereitung auf zukünftige Krisenereignisse. Die Krisenszenarien variieren stark, sie umfassen beispielsweise Blackouts, Industrieunfälle und Naturkatastrophen, aber auch Terroranschläge oder Bürgerkriege“ (Genner 2021). In A&K Nr. 676/2021, S. 19 steht ein ganzseitiges Interview mit einem „linken Prepper“ aus Schweden. Er heißt Pär Plüschke.

Weder der Interviewer noch der Befragte kommen auf die naheliegenden Einwände zu sprechen: Preppen heißt – ob individuell oder in einer kleinen Gemeinschaft – sich darauf einzustellen, dass das Schlimmste „sich ohnehin nicht verhindern lässt. Indem Resilienz den Fokus auf die Steigerung der Widerstandsfähigkeit legt, umfasst sie immer auch ein Absehen von der Möglichkeit, die Umstände zu verändern. Als Konzept transportiert Resilienz also eine fatalistische Botschaft, gemäß der sich das Gute im großen Maßstab nicht realisieren und sich das Schlimmste ohnehin nicht verhindern lässt. Besser sei es also, sich gleich für das Schlimmste zu rüsten. Die gegenwärtige

Marxisten. In deren Tradition stehen die erfahrenen Kollegen, die in der gegenwärtigen Internationalen Sozialistische Organisation und auch in der SoZ das Sagen haben.

Popularität von Preppen ist – wie die Popularität des Resilienzbegriffs und die verbreitete Angst vor dem sozialen Abstieg – vielleicht als Indiz dafür zu sehen, dass aktuell konsensfähige Ideen fehlen, wie eine Zukunft der Gesellschaft über die Wahrung des Bestehenden hinaus gestaltet werden könnte“ (Genner 2021).

Prepper haben alle Hände voll zu tun: „Wir verbinden immer Theorie und Praxis. Es gibt Erste-Hilfe-Kurs, wir betreiben Gartenbau, wir bauen Hobokocher, wir lernen, wie man medizinische Schutzausrüstung und andere Gebrauchsgegenstände mit einfachen Mitteln herstellen kann“ (Plüschke, A&K 676/2021, S. 19).

Plüschkes Gruppe heißt „Preppa Tillsammans“, zu deutsch: „Zusammen Preppen.“ „Rechts“ sei das Preppen, wenn es vom einzelnen Individuum isoliert praktiziert werde. Gemeinsam aktiv zu sein, das reicht für Plüschke sowie A&K, um die Aktivität als „links“ zu bezeichnen. Ausgeklammert bleibt der Inhalt der „Praxis der linken Prepper*innen“ (A&K) – also die fixe Idee, sich in kleinen Gemeinschaften auf den Zusammenbruch von gesellschaftlichen Infrastrukturen bzw. Versorgungsnetzen vorbereiten meinen zu können.

Nicht minder verwunderlich sind die Filmempfehlungen von Angelika Huemer auf der vorletzten Seite jeder SoZ-Ausgabe. Diese Texte könnten in jedem schlechten Feuilleton stehen. Nicht im besseren Feuilleton: Im Netz sind Film-Rezensionen frei verfügbar, die den Unterschied zeigen. Huemer lobt in der SoZ (April 2020) bspw. die klischeetriefende Verfilmung von „Unterleuten“ (Roman von Juli Zeh). Die SoZ-Autorin findet nichts dabei, dass der einzige Verfechter von ökologischen Belangen im ostdeutschen Dorf penetrant als Spinner, seine Frau als Gluckendummchen und die einzige Person, die sich für Kunst interessiert, als Versager nicht dargestellt, sondern denunziert werden. Dies geschieht im TV-Dreiteiler nicht bloß einmal. Der Zuschauer muss annehmen, der Film sei für Leute mit einem außergewöhnlich schwachen Kurzzeitgedächtnis produziert worden. Huemer empfiehlt alles Mögliche. Und das scheint der SoZ-Redaktion auszureichen: Die Kulturseite ist gefüllt. Auftrag erledigt.

Ein anderes Beispiel dafür, dass eine „sozialistische Zeitung“ „keinen Plan“ zu haben scheint von dem, was für sie relevant ist und was nicht, finden wir in einem Artikel, der fragt „Wie schaffen wir es, den CSD (Christopher Street Day) wieder zu politisieren, ihn zu entkommerzialisieren?“ Die hoffnungsvolle These lautet: „Auch große kommerzielle CSD-Vereine kann man von innen heraus verändern. Das ist ein Kraftakt, aber welcher politischer Kampf ist das nicht?“ (SoZ 11/2022, S. 4).

Irgendein Gedanke dazu, warum die großen CSD-Veranstaltungen so sind, wie sie sind, fehlt. Um von der Frage, warum Linke mit ihren knappen Ressourcen sich ausgerechnet dem CSD widmen sollen, erst gar nicht zu sprechen. Jan Feddersen, Mitinitiator des ersten Hamburger CSD 1980, nahm bereits den CSD 2002 wahr „als eine Homo-Love-Parade: ohne politischen Sinn und Verstand, aber mit viel sexuellem Flair. Wieder wird viel homosexuell inspirierter Narzissmus gezeigt werden, viel muskuläre Selbstverliebtheit, viele Männer- und Frauenbilder, die mehr als lediglich Sexuelles artikulieren – nämlich Sexistisches. Das Körperideal der heutigen Homosexuellen erinnert mehr

und mehr an die Plastiken Arno Brekers“ (Jan Feddersen: Weg mit dem CSD! In: taz 22.6.2002, S. 12).

In der CSD-Szene ist ein „Hauptsache Spaß, alles andere ist mir egal“-Partyhedonismus weit verbreitet. Beim CSD 2021 in Berlin hielten sich viele der 65.000 Teilnehmer nicht an die wegen der Covid-Pandemie notwendigen Auflagen. „Zwei Teilnehmerinnen, die an der Schöneberger Motzstraße (einem Zentrum der schwulen Subkultur – Verf.) feierten, berichteten: ‚Wir waren auf der Motzstraße unterwegs und sind regelrecht geflüchtet. Es gab keinerlei Abstände, keinerlei Masken, riesiges Gedränge. Und stundenlang hat es niemanden interessiert, was die Polizei erzählt hat. [...] Wir sind auch keine Spaßbremsen und wollen einfach noch etwas trinken gehen, aber das war echt ein Superspreader-Event‘“ (Berliner Morgenpost, 27.7.2021, S. 16). Damit aber noch nicht genug: „Nach der Parade feierten Tausende Menschen in der Nacht zum Sonntag Party in der Neuköllner Hasenheide. Dabei verwüsteten sie weite Teile der Grünanlagen. Abstands- und Hygieneregeln wurden nicht eingehalten. [...] Doch die Polizei griff nicht ein“ (Ebd.). Wer Leute mit einer solchen Mentalität erst noch „politisieren“ will, als seien sie es nicht auf *ihre* Weise bereits, könnte auch vorschlagen, den ‚Ballermann‘ oder die ‚Wiesn‘ zu „politisieren“.

Die Überschrift des Artikels lautet: „Ein anderer CSD ist möglich“. Zum gedankenlosen Gebrauch des Begriffs „Möglichkeit“ ist schon alles gesagt: „Der Anfänger kennt viele Möglichkeiten, der Meister wenige“ (Suzuki). Es „kann auch das Absurdeste und Widersinnigste als möglich betrachtet werden. Es ist möglich, dass heute Abend der Mond auf die Erde fällt, denn der Mond ist ein von der Erde getrennter Körper und kann deshalb so gut herunterfallen wie ein Stein. Je ungebildeter jemand ist, je weniger er die bestimmten Beziehungen der Gegenstände kennt, worauf er seine Betrachtung richtet, um so geneigter pflegt er zu sein, sich in allerhand leeren Möglichkeiten zu ergehen“ (Hegel 8, 283).²

Als handele es sich um ein Fachblatt für Außenpolitik oder Länderkunde, widmet A&K jeweils lange politologische Abhandlungen dem Verhältnis zwischen Papua-Neuguinea und Bougainville, (Nr. 673, 2021, S. 4), der sich vertiefenden Kluft zwischen Bosnien und Herzegowina (Nr. 686, 2022, S. 11) und gelegentlichen Reibereien zwischen Australien und Frankreich (Nr. 675, 2021, S. 12). Die Redaktion meint anscheinend: Das sind Fragen, über die hiesige Linke sich wirklich Sorgen machen und dringend Bescheid wissen müssen.

2 Besonders waghalsige Spekulationen über mögliche Möglichkeiten finden sich in der Zeitschrift „Luxemburg“ von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bspw. heißt es in H. 2/2018 (S. 12): „Queer-feministische Bewegungen wären aufgrund ihrer besonderen gesellschaftlichen Akzeptanz und Wirkungsmacht diejenigen, die derzeit das größte Potenzial aufweisen, wenn es darum geht, sich gegen rechts und gegen die Neoliberalisierung unseres Lebens zu stellen.“ „Feminismus“ wird in dieser umfangreichen Ausgabe der „Luxemburg“, deren Heftüberschrift lautet: „Am fröhlichsten im Sturm: Feminismus“, so gut wie gar nicht auf die Anliegen der übergroßen Mehrheit der Frauen in Deutschland bezogen. Vielmehr stehen völlig selbstverständlich „queere“ Themen bzw. LGBT-Anliegen sowie Berichte über andere Länder (USA, Nigeria) im Mittelpunkt.

Auch die Abteilung Herz&Schmerz bzw. Freud&Leid wird bedient durch Berichte über „die Einsamkeit des Eiskunstläufers“ (Nr. 679, 2022, S. 32) und darüber, dass in einer Netflix-Serie eine „weiße Unterclassenmutter“ „Demütigungen durch Arbeit“ erlebt – schlechte Nachricht – und – nun kommt gottseidank die gute Botschaft – „aber auch einer Auftraggeberin näher kommt“ (Nr. 676, 2021, S. 29). Welch Glück im Unglück! Als wären wir in einer Selbsterfahrungsgruppe, lautet in der SoZ eine Artikelüberschrift „Einsam und doch zufrieden“ (11/2022, S. 23).

Ein anderer Artikel möchte die Leser mit einer ganz speziellen Erfahrung bereichern. In seiner Überschrift heißt es: „Ich habe Tanzen immer als geschlechtslos wahrgenommen.“ Der Untertitel klingt nach Lebensberatung: „Wie Tanzen zur Selbstfindung beitrug“ (SoZ März 2022, S. 16). Im A&K Nr. 685/2022 widmet sich ein ganzseitiger Artikel der Frage „Warum lieben so viele deutsche Linke die Queen?“

Mangelnde Offenheit lässt sich der Redaktion von A&K nicht nachsagen. Sie spricht ihre Herangehensweise im ersten Satz eines Editorials ehrlich aus (Nr. 680, 15.3.2022, S. 2): „In den vergangenen Monaten gab es nicht wenige Momente, in denen wir ein bisschen angestrengt nach Themen gesucht haben, die die letzten leeren Seiten unserer Zeitung füllen könnten.“ Genau den Eindruck macht die Zeitung dann auch.

Die mangelnde Zentrierung

Im Unterschied zur entropischen Verzettlung der Aufmerksamkeit ist eine Zentrierung notwendig. „Es wirkt immer wieder faszinierend, welcher geistig-kulturelle Reichtum uns auf dem jetzigen Stand der Kulturindustrie jederzeit und bequem zugänglich wird, und es kann sich darin eine schrankenlose Beliebtheit von lauter hochrespektablen Interessen und Kennerschaften ergeben. Um so mehr mag man es als einen Mangel empfinden, wenn inmitten solcher Fülle eine Konzentration gemeinschaftlicher Aufmerksamkeit auf einiges wenige streng Obligate, weil Lebenswichtige nicht stattfindet. Ein wichtiger Effekt des verbindlichen Zusammenwirkens wäre es, eine Konzentration auf den Kreis von Schlüsselproblemen [...] zustande zu bringen“ (Fleischer 1987, 231).

Wir haben bislang uns mit einzelnen Texten aus den beiden Zeitungen beschäftigt und wollen zur Abwechslung einmal eine ganze Ausgabe (Nr. 690/ 2023 von A&K) würdigen. Manche Artikel enthalten „hochrespektable Kennerschaften“ (Fleischer). Gemeint sind jeweils eine ganze Zeitungssseite füllende Abhandlungen über den Protest in anderen Ländern angesichts des Überfalls Italiens auf Äthiopien 19353, über die „mysteriöse Reise von George Grosz nach Sowjetrußland“ und darüber, dass iranische Linke in der BRD lange vor dem Schahbesuch aktiv waren. Der Leser fragt sich: Es kann gewiss nicht direkt schaden, diese Artikel zu lesen, wenn man viel Zeit hat und seiner Vorliebe für Geschichten aus der Geschichte nachgeht. Aber was bringen

3 Der Untertitel verspricht, über „die erste globale antikoloniale Bewegung“ zu informieren. Die wenigen Proteste, die der Artikel zu benennen weiß, stellen keine „globale antikoloniale Bewegung“ dar.

diese Artikel für die zentralen Probleme, vor denen Linke heute stehen? Und was bringen sie für das wirklich notwendige Wissen?

Eine zweite Abteilung der A&K-Artikel setzt sich zusammen aus „Aufregern“ – also Texten, die auf Verurteilenswertes und Skandalöses hinweisen. Beim Erdbeben in der Türkei sind auch deshalb viele Häuser eingestürzt, weil die Bauindustrie bei ihrer Errichtung gespart hat (S. 3). In den USA kam beim Protest gegen die Errichtung eines Polizeitrainingsgeländes eine Person ums Leben (S. 19). „In Costa Rica ist der Mörder einer indigenen Landaktivisten verurteilt worden“ (S. 21). Betroffene von Polizeigewalt protestieren (S. 24) und Melonis Regierung – wer hätte das erwartet – nutzt „den Staat als Waffe im Klassenkampf von oben“ (S. 9). Schlimm geht es zu in der Welt, gemein und fies sind die Maßnahmen der Herrschenden, das Kapital spart zulasten der Armen. Im günstigen Fall belegen die benannten Artikel in A&K diese Botschaft mit viel Liebe zum Detail. Bedarf es der Einzelheiten wie in einem juristischen Verfahren? Was wollen diese Texte bewirken? Im Grunde wissen die Leser zwar nicht die Einzelheiten, die sie nach der Lektüre auch schnell wieder vergessen. Die „Einordnungen“ (S. 2), von der die Redaktion im Editorial schreibt, dass sie sie leisten möchte, sind den Lesern nicht neu, sondern bestätigen das, was sie sich sowieso schon immer gedacht haben.

Das nicht knapp bemessene Angebot von „Aufregern“ in jeder A&K-Ausgabe hat den gleichen Effekt wie die auch sonst in der medialen Öffentlichkeit reichlich angebotenen Scheckensmeldungen. Sie tragen zur Abstumpfung bei und befördern die Einstellung, bei den extrem schlimmen Zuständen andernorts gehe es uns doch vergleichsweise gut.

Eine dritte Abteilung der Zeitung umfasst Texte, die von etwas berichten, über das jede politisch interessierte Person, die die Nachrichten verfolgt, informiert ist: „Die Auseinandersetzung um die Rentenreform in Frankreich wird zur Machtprobe (S. 14). Die Ansiedelung von Intel bei Magdeburg ist nicht ohne Probleme (S. 7), die Rüstungsindustrie kommt bei den Aufträgen für die Unterstützung der Ukraine nicht nach (S. 5). „Die Schwedendemokraten treiben die Regierung immer weiter nach rechts“ (S. 11). Putins Machtsystem scheint stabil zu sein (S. 6). Ja, das wird alles schon so sein. Die Argumente dafür finden sich auch in denjenigen bürgerlichen Zeitungen, die etwas ausführlichere Artikel bieten. Die Artikel dieser Abteilung von A&K machen zu gediegenen bürgerlichen Darstellungen keinen grundlegenden Unterschied. A&K belässt es bei einem Wettbewerb mit anderen Medien – wer konkurriert, will den gleichen Zweck besser oder anders erreichen – und verbleibt im gemeinsamen Horizont politologischer Erörterungen und entsprechenden Bescheidwissens.

Gewiss gibt es gelegentlich auch substanziellere Texte in A&K. Die beschriebenen drei Abteilungen finden sich jedoch in jeder Ausgabe und umfassen die große Mehrheit der Artikel.

„So vernetzt Euch doch!“

„Das Spektakel vereint, was getrennt ist, aber nur als getrennt“ (Debord 1971, § 29).

Weder die Redaktion der SoZ noch die von „A&K“ vermissen ein wie auch immer geartetes Konzept, das folgende Momente vereint: die Gesellschaftsanalyse, die Analyse der für die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie zentralen Widersprüche und sozialen Kräfte, das strategische Szenario sowie die überzeugende Vorstellung, wie die nachkapitalistische Gesellschaft halbwegs konkret aussehen kann. SoZ und A&K argumentieren, insofern sie im Horizont des jeweiligen partikularen Bereichs (Ökologie, Gewerkschaft, Feminismus u. a.) verbleiben. Sie verstehen die Bewegungen additiv und verhalten sich zu ihnen jeweils überbietend. Sie haben diesen Bewegungen meistens nichts Eigenes zu sagen, sondern tragen ihnen zwei Bitten vor: Seid bitte jeweils etwas radikaler und vernetzt Euch miteinander.⁴

„Im besten Falle wollen wir (SoZ – Verf.) zu einem Referenzblatt an der Schnittstelle von radikaler Klimabewegung, oppositionellen Gewerkschaftsteilen, der antikapitalistischen und feministischen Organisationen werden“ (SoZ 2/2021, S. 20). Im selben Artikel wird folgende Stellungnahme aus einer Leserumfrage der SoZ-Redaktion zitiert: „Mir gefällt die Offenheit in alle möglichen Richtungen, in denen sich Widerstand und kritische Gedanken regen.“

Wenn „Widerstand“ und „kritische Gedanken“ zusammengebracht werden mit „alle möglichen Richtungen“, dann erweisen sich diese Begriffe als leere bzw. „offene“ Sammelbehälter, in die „alle möglichen“ Leute etwas hineinpacken, das sie als „Widerstand“ oder „kritische Gedanken“ auffassen. Dann sollte die Zeitung auch so heißen. Wie wäre es mit „Referenzblatt für Widerstände und kritische Gedanken aller Art“ oder „Zentralorgan der Unangepassten und widerständig Engagierten“? Viele Gedanken mögen auf ihre Art kritisch oder widerständig sein. Mit einer Überwindung der kapitalistischen Ökonomie brauchen sie deshalb noch nichts im Sinn haben.

Hauptsache „Selbstregierung“ – Die Begeisterung über Wohlfühlvokabeln

In A&K Nr. 669/2021 (und ähnlich in der SoZ 5/2011) wird die Rebellion in Kronstadt 1921 als ein Beispiel für „lebendige Selbstregierung“ gelobt. „Die Matrosen erkämpften 1917 nahezu alle wichtigen Siege der Revolution, behielten aber gleichzeitig ihre libertären Überzeugungen und demonstrierten früh für Demokratie und Unabhängigkeit“ (Ebd.).

„Demokratie“ und „Unabhängigkeit“ – das sind beinahe beliebig auffüllbare Leerformeln und Ja-Worte. Wer die Kronstadt-Revolution von 1921 für solche Prinzipien lobt, muss einiges ausblenden: Zuerst die vom Bürgerkrieg und vom Krieg gegen antisowjetische ausländische Interventionsarmeen geprägte Situation in den ersten Jahren der Sowjetunion. Die wirklichkeitsfremde These, die Kronstädter Aufständischen von 1921 seien dieselben, die 1917 so vehement die Revolution unterstützt hatten, verrät zudem den Vorstellungshorizont jener, die so

4 Statt etwas inhaltlich zu erarbeiten, werden Dachverbände oder Koalitionen angestrebt, in denen sich die unterschiedlichsten Strömungen vereinen sollen, ohne dass sie sich ändern müssten. Jeder kann so bleiben, wie er ist. Es bleibt bei unverbindlichen Worthülsen und Formelkompromisse, wo Auskünfte fehlen, wie die schönen Ziele verwirklicht werden sollen. (Vgl. exemplarisch dazu die Kritik am Brüsseler Manifest des Euromarsches von Hohn, Suchanek 1997).

daherreden. Bundeswehr-Berufssoldaten altern in ihrer Kaserne friedlich vor sich hin und können gegenwärtig allenfalls beim Manöver oder beim Auslandseinsatz Pech haben. Anders die Kronstädter Soldaten von 1917. Sie „waren nicht mehr, was sie einst waren, und standen nicht mehr dort, wo sie einst standen. Die Besten waren umgekommen; andere waren vollauf mit Verwaltungsaufgaben beschäftigt. [...] Die Mannschaften der ‚Aurora‘, der ‚Petropawlowsk‘ und anderer berühmter Kriegsschiffe, bestanden jetzt (1921 – Verf.) aus jungen Rekruten, die unter den ukrainischen Bauern ausgehoben worden waren“ (Deutscher 1972, 480).

Wer heute die Kronstadt-Revolution als Beispiel für die abstrakten Prinzipien „lebendige Selbstregierung“, „Demokratie“ und „Unabhängigkeit“ beansprucht, spart zielsicher die Frage aus, warum sich gerade auch vehemente Kritiker von Lenin und Trotzki der Bekämpfung des Kronstadt-Aufstandes anschlossen. „Selbst Führer der Arbeiteropposition und der ‚Dezisten‘, die auf dem Kongress (10. Parteikongress 1921) noch Forderungen erhoben hatten, die sich nicht wesentlich von denen der Rebellen unterschieden, zogen in die Schlacht. Auch sie glaubten, dass die Matrosen kein Recht hatten, mit der Hand am Gewehrabzug selbst die berechtigtesten Forderungen zu diktieren“ (Ebd., 481). Auch die rätekommunistische Linksabspaltung der KPD (KAPD) sah zur Niederschlagung des Kronstadtaufstandes keine Alternative.

Ein so vehementer Kritiker der Bolschewisten wie Victor Serge weist auf die Problematik der Kronstädter Forderungen hin. „Das Land war völlig erschöpft, die Produktion stand völlig still, es gab keine Reserven irgendwelcher Art mehr, nicht einmal Reserven an Nervenstärke in der Seele der Massen. Die Elite des Proletariats, die in den Kämpfen mit dem Zarenregime geprägt worden war, war buchstäblich dezimiert. Die Partei, die durch den Zulauf derer, die sich mit der Macht ausgesöhnt hatten, angewachsen war, flößte wenig Vertrauen ein. Von den anderen Parteien waren nur noch winzige Kader von mehr als zweifelhafter Fähigkeit vorhanden. [...]

Der sowjetischen Demokratie fehlte es an Schwung, an Köpfen, an Organisationen, und hinter sich hatten sie nur ausgehungerte und verzweifelte Massen. Die Konterrevolution des Volkes übersetzte die (von den Kronstädter Aufständischen aufgestellte – Verf.) Forderung freigewählter Sowjets durch die der ‚Sowjets ohne Kommunisten‘. Wenn die Diktatur fiel, so bedeutete das in Kürze das Chaos, und durch das Chaos hindurch das Vordringen der Bauern, das Massaker der Kommunisten, die Rückkehr der Emigranten und am Ende durch die Macht der Umstände eine andere, antiproletarische Diktatur. [...] ‚Trotz ihrer Fehler und Missbräuche‘, habe ich geschrieben, ‚ist die bolschewistische Partei in diesem Augenblick die große organisierte, intelligente und sichere Macht, zu der wir trotz allem Vertrauen haben müssen. Die Revolution hat kein anderes Gerüst‘“ (Serge 1977, 147f.).

Die Geschichte der Sowjetunion schon in den 1920er Jahren wird heute von vielen so beurteilt, als sei sie der Test darauf, was bei der Realisierung von Absichten herauskomme. Lenin und Trotzki dachten aber nicht daran, den Sozialismus in *einem* Land (Russland) aufbauen zu können. Sie nahmen nicht an, unter Bedingungen des weiter bestehenden kapitalistischen Weltmarkts und ökonomisch übermächtiger Länder wie den USA und Großbritannien dem interessierten Publikum in einem Systemvergleich die Überlegenheit der Sowjetunion beweisen zu können. Wer solche

Vorstellungen hat, orientiert sich an einem Laufwettbewerb. In ihm starten die Teilnehmer von der gleichen Linie aus. Es kommt dann für den Erfolg oder Misserfolg allein auf ihre individuellen Kräfte an. Lenin und Trotzki haben oft betont, dass die Bolschewiki auf verlorenem Posten stehen, solange nicht andere Länder ebenfalls den Kapitalismus politisch verabschieden.

Die russische Revolution 1917 war einerseits eine Notwehrreaktion und andererseits mit der Hoffnung verbunden, dass auch in anderen Ländern (v. a. Deutschland) eine sozialistische Revolution zustande komme. Das mag aus der Sicht von heute illusionär erscheinen, aus der Perspektive der Zeitgenossen der russischen Revolution war es das nicht. Hätte in den Turbulenzen der deutschen Nachkriegszeit ein sozialistischer Umsturz stattgefunden, so wäre die Sowjetunion nicht isoliert gewesen. Die Durchsetzung des Stalinismus in der SU wurde durch ihre Situation als „belagerte Festung“ begünstigt (vgl. Arbeiterpolitik 1991).

Für ein materialistisches Verständnis der russischen Revolution zu plädieren heißt nicht, auf Kritik an der Führung der bolschewistischen Partei in der Frühphase der russischen Revolution zu verzichten. Allerdings kann nur ein handlungstheoretisches Verständnis von Gesellschaft große Freiheitsgrade des politischen Handelns und dessen autonome Wirksamkeit annehmen. Eine materialistische Gesellschaftstheorie geht nicht davon aus, dass große Männer und deren Denkweisen, Programme sowie Entscheidungen die Geschichte „machen“.

Viele heutige Linke haben naive Sympathien für die Kronstadt-Revolt von 1921. Der A&K-Artikel drückt die zugrundeliegende Mentalität aus. Das Lob von „lebendiger Selbstregierung“, „Demokratie“ und „Unabhängigkeit“ fixiert sich auf die dünne Zusammenfassung des Selbstverständnisses von Akteuren (hier: die Aufständischen in Kronstadt) in abstrakten Prinzipien. Wer so vorgeht, versteht und begreift nicht das, was Leute über sich und ihr Handeln meinen, aus dessen realem Kontext.⁵ Er geht umgekehrt vor und schließt von den Redensarten von Handelnden auf ihre Praxis, erbaut sich an hehren Prinzipien und interessiert sich nicht für deren jeweiligen konkreten Inhalt, verwechselt also den Nenn- mit dem Realwert. Wer für die unbestimmten Ja-Worte „Selbstregierung“, „Demokratie“ und „Unabhängigkeit“ eintritt, kann allerlei als heutiges Praxisbeispiel für „Freiheit“ erachten. Z. B. die Weigerung von „Querdenkern“, Maske zu tragen und sich impfen zu lassen.

Ein Herzenswunsch geht in Erfüllung: Anerkennung unter Politikern

Im März 2022 verstarb Alain Krivine, ein seit dem Pariser Mai 1968 bekannter französischer Trotzkiist (Ligue Communiste Révolutionnaire) und Kandidat für die Präsidentschaftswahlen. Die SoZ (April 2022, S. 21) zitiert ebenso stolz wie kommentarlos eine Stellungnahme aus dem Élysée-Palast (Sitz des französischen Präsidenten): „Der Präsident der Republik würdigt ein Leben voller Engagement und Aktivismus, das mit unauslöschlichem Durst und ungebrochener Hoffnung auf Gerechtigkeit und Gleichheit geführt wurde.“

5 „Auf die Darstellung einer Tätigkeit im Bewusstsein derer, die sie ausüben, ist nicht allzuviel zu geben“ (Musil 1981, 301).

Wenn ein Revolutionär schlussendlich immer nur noch *hoffen* kann und dies auch wohl oder übel *muss*, insofern ihm praktisch nichts anderes übrigbleibt, dann handelt es sich um ein Unglück oder Elend. Erfolglosigkeit ist gewiss kein Argument gegen Anliegen. Für radikale Linke stellt es aber ein Alarmzeichen dar, wenn sie innerhalb der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft in der Schicht der Politiker Anerkennung finden.⁶ Diejenigen, die diese Gesellschaft ernsthaft überwinden wollen, werden es als Hohn werten, am Ende ihres Lebens hören zu müssen, sie hätten sich ebenso tapfer wie unermüdlich stets ... bemüht. Nur von den Engeln (am Ende von Faust II) stammt der Trost: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ Eine solcher Zusicherung kann ein „revolutionärer Kommunist“ wie Krivine weder erwarten noch gutheißen.

Die im Parlament maßgeblichen Parteien freuen sich über einem Gegner, der ihnen zufolge eines praktisch demonstriert: Revolutionäre bleiben chancenlos. Sie genießen seitens der politischen „Klasse“ eine recht spezielle Wertschätzung. Diese enthält drei Aussagen: Radikale Opposition ist zugelassen („im freien Westen dürften selbst die härtesten Radikalinskis ihre Meinung äußern“). Sie bleibt ewig randständig und liefere selbst den Beweis dafür, dass das auch nicht anders sein könne. Krivine gilt drittens als Charakterdarsteller. Er gibt den zwar inhaltlich verstiegenen, aber irgendwie doch edlen, wenn auch tragischen Ritter.

Aufgaben einer sozialistischen Zeitung

Einer Zeitung, die zur Überwindung der kapitalistischen Ökonomie beitragen will, liegt, so wäre anzunehmen, ein Konzept zugrunde, das auf verschiedene Fragen antwortet:

- a) Wie sind die in den Artikeln thematisierten Phänomene aus einer modernen Gesellschaft mit kapitalistische Ökonomie und bürgerlichem Recht und Staat zu erklären?
- b) Welche gesellschaftlichen Kräfte können sich günstigenfalls für eine Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft einsetzen?
- c) Welche Probleme und Hindernisse stehen einer solchen Praxis entgegen?
- d) Welche Auseinandersetzungen und Prozesse werden dazu beitragen, dasjenige Bewusstsein zu schwächen und zu überwinden, das die herrschenden Strukturen als unüberwindbar, unvermeidbar, sachlich notwendig, akzeptabel oder gar begrüßenswert erachtet?
- e) Welche Rolle spielen Linke bei den genannten Auseinandersetzungen und Prozessen? Wie können sie auf ihre Adressaten erfolgreich einwirken?
- f) Wie kann eine anstrebenswerte und funktionsfähige nachkapitalistische Gesellschaft aussehen?

⁶ Auf dem Weg von der Gegnerschaft gegen die Gesellschaftsformation zur von deren politischen Verwaltern anerkannten Opposition gilt es, verschiedene Leistungen zu erfüllen. (Für die Darstellung dieser Schritte vgl. Creydt 1999.). *Ein* Schritt besteht im schon von Engels an der damaligen englischen Arbeiterführung bemerkten „widerwärtigen Drang zur Respectabilität“. Wer von den maßgeblichen Politikern anerkannt werden will, zollt ihnen Anerkennung, als ob die eigene Anerkennung der anderen Person diese zur Erwidern dieser Anerkennung verpflichtet. „Vor der Lebensleistung, auf die der wehrhafte Konservative nach einem halben Jahrhundert in Legislative und Exekutive zurückblicken kann, ziehe ich meinen Hut“ – so gratulierte der Linke-Fraktionschef Dietmar Bartsch am 15.12.2022 auf Twitter dem CDU-Politiker Wolfgang Schäuble zu 50 Jahren im Bundestag (Junge Welt, 16.12.2022).

Eine Zeitung, die zur Überwindung der kapitalistischen Ökonomie beitragen will, bietet den an ihr Interessierten Argumente an gegen die am meisten verbreiteten ideologischen Gedankengänge zur Legitimation der hiesigen Zustände. Solche Texte hätten auch auf beliebte Eigentore in vermeintlich oppositionellen Auffassungen aufmerksam zu machen. Zu argumentieren wäre gegen die Werbung für allerhand Pseudo-Oppositionen. Mit ein paar Standpunkten ist politische Bildungsarbeit nicht getan. Durchzuarbeiten sind vielmehr immer wieder die Übergänge und Abwege von nur scheinbar richtigen Aussagen und vermeintlichen „Evidenzen“ zu problematischen Argumenten. Nur so lässt sich eine Substanz schaffen, die Bestand hat. Nur so vermag eine Publikation zur Schulung der Leser beizutragen und ihnen das argumentative Rüstzeug zu geben, damit sie in Debatten im Kollegen- und Bekanntenkreis fundiert und geschickt auftreten können. Bei den Lesern einer „sozialistischen Zeitung“ handelt es sich günstigenfalls um Multiplikatoren.

II Systematische Gesellschaftsanalyse als notwendiges Fundament

Die unkritische Berufung auf die bürgerliche Verfassung und die Vulgärökonomie

Kommen wir zu den bereichsübergreifenden Ideologien, in denen sich A&K und SoZ bewegen wie Fische im Wasser. Ein Beispiel: Auf der Titel- und Rückseite der Zeitschrift ‚Die Internationale‘ 5/2019, die der SoZ nahesteht, prangt in Großbuchstaben der Slogan „Solidarität mit den Kämpfen in Hongkong.“

Die mit diesem Slogan betitelte Erklärung der französischen ‚Nouveau parti anticapitaliste‘ überschreitet nicht den Horizont von Bürgerrechtlern oder den „Kampf für die Grundfreiheiten“ (Ebd., 68). Es gibt gute Gründe, für Grund- und Menschenrechte einzutreten. Wer sich für eine nachkapitalistische Gesellschaft engagiert, wird aber nicht die zentrale Rolle übergehen, die Menschen- und Bürgerrechte als integrales und stabilisierendes Moment der bürgerlichen Gesellschaft spielen. (Vgl. dazu Creydt 2008, §§ 19-22). „Nach Marx ist die Ideologie von Freiheit und Gleichheit selbst ein Faktor in der Entstehung des Zwangs und der Ungleichheit. Das heißt, diese ist produktiv wirksam in einer Weise bzw. mit dem Effekt, dass sie selber an der Verkehrung der in ihr verkörperten Ideen mitwirkt. Die normativen Ideale sind also nicht etwa lediglich noch nicht vollständig verwirklicht, sie sind in ihrer Verwirklichung verkehrt“ (Jaeggi 2010, 274).

Sozialisten fallen nicht hinter Bürgerrechte zurück, wollen aber anderes als Bürgerrechtler. Letzteres ist der NPA-Erklärung nicht anzumerken. Sie macht nicht deutlich, wozu es einer „neuen antikapitalistischen Partei“ bedarf, wenn diese zu Hongkong nur das vorzubringen weiß, was alle anderen Nichtfaschisten und Nichttotalitäre ohnehin schon immer vertreten: Das Ja zu „Grundfreiheiten“ und den Protest gegen ihre Einschränkung. Gegenüber der linkstraditionalen Gefahr der Unterschätzung der Menschenrechte „besteht heute allerdings fast die umgekehrte Gefahr. Menschenrechte und Demokratie werden geradezu als Sozialismus-Ersatz entdeckt“ (Narr, Roth 1996, 302).

Viele Linke sparen es sich, „zu fragen, in welchem Koordinaten wir uns bewegen und denken, ob bestimmte Formprinzipien nicht Ergebnisse vorwegnehmen, also nicht beliebig instrumentalisierbar

sind, wie man es gerne hätte oder zumindest unterstellt“ (Ziegler, Schandl 2018, 3). Die SoZ sowie A&K arbeiten nicht die ‚Fallen‘ der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bzw. der repräsentativen Demokratie und bürgerlichen Rechtsordnung heraus. Stattdessen wird eine alte Ideologie verbreitet: Das Schlimme an der Gegenwart sei die mangelnde Verwirklichung der Demokratie. Deren konsequente Umsetzung aber – so der Umkehrschluss – bedeute den Einstieg in die nachkapitalistische Gesellschaft. „Während bei Marx die moderne soziale Ungleichheit oder die kapitalistische Ausbeutung gleichzeitig mit der vollen Entwicklung der juristisch-politischen Gleichheit auftritt, wird dagegen“ bei den Revisionisten „die juristisch-politische Gleichheit (und also auch der moderne repräsentative Staat) zum Hebel für die Aufhebung und fortschreitende Schlichtung der realen Unterschiede“ (Coletti 1971, 59). Zur Analyse und Kritik der Demokratie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft vgl. Krölls 2013, Creydt 2007/2008.⁷

Anlässlich des Berliner Volksentscheids zur Enteignung großer privater Wohnkonzerne verbreiteten SoZ und A&K mit Fleiß hofferische Auffassungen über den die Sozialisierung betreffenden Artikel 15 des Grundgesetzes. Seit Abendroth wird folgendes ignoriert: Es handelt sich um eine Ausnahmenvorschrift. Einzelnes Privateigentum kann enteignet werden, wenn der Eigentümer sich weigert zu verkaufen und falls damit Schaden für Belange droht, die für die Entfaltung des bürgerlichen Gemeinwesens notwendig sind (z. B. Straßenbau, Gewerbeansiedlung). Die Sozialisierung unterliegt vielfältigen Einschränkungen und ist an die Entschädigung des Kapitals gebunden, das, der besonderen materiellen Güter enteignet, nun anderwärtig, in seiner allgemeinen Gestalt als Geld, investiert werden können muss.

Die Sätze „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“ (GG Artikel 14.2) sind im Kontext der seit Adam Smith populären Vorstellung zu verstehen, im normalen Gang der bürgerlichen Gesellschaft resultiere das Allgemeinwohl primär gerade daraus, dass die Bürger ihre Privatinteressen verfolgen und mit ihrem jeweiligen Eigentum (Kapital,

7 Zur Auseinandersetzung mit der Berufung von Linken auf das Grundgesetz erinnern wir an folgende Argumentation: „Die Selbststilisierung der Kommunisten als demokratischste aller Demokraten kann nichts hervorbringen als die Fixierung des vorhandenen demokratischen Bewusstseins. Der Schwur von DKP und MSB (der damalige Studentenverein der DKP – Verf.) auf das Grundgesetz treibt groteske Blüten hervor, dass sie so noch ihr eigenes Verbot als demokratische Großtat bejubeln müssten, wenn es nur verfassungskonform durch das BVG (Bundesverfassungsgericht) verkündet würde [...]. Der Versuch, etwa in der Hochschulpolitik den Studenten zu suggerieren, sie bräuchten nur zu sein, was sie ohnedies sind; als wahrhafte Demokraten seien sie ja schon Sozialisten, wie umgekehrt die Sozialisten die genuinen Verteidiger der bürgerlichen Rechte – solche Politik ist bloße Unterwerfung unter die demokratischen Vorurteile; sie stärkt die affirmative Beziehung der Studenten auf den bürgerlichen Staat und die Verkehrsformen der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt; sie legt sich und sozialistischer Politik allgemein Ketten an gerade für den Punkt, an dem es zur Sache geht. Die von MSB etc. demokratisierten Demokraten machen genau dann nicht mehr mit, wenn sozialistische Politik die demokratischen Grenzen sprengt [...]. Es ist leicht, an der Spitze ‚der Bewegung‘ zu marschieren, wenn es gleichgültig ist, was sich bewegt; wenn man nichts tut, als den unzufriedenen Bürgern voranzuhoppeln; die Bewegung, die so ‚angeführt‘ wird, ist genuin bürgerlich, ist demokratische Opposition (bestätigt etwa den bürgerlichen Staat, indem sie von ihm verlangt, er solle alles besser machen)!“ (GRZ 1976).

Arbeitskraft u. a.) wirtschaften.⁸ Der Trick, in das Grundgesetz ihm fremde Inhalte hineinzuschmuggeln und sich dann zur Absicherung der eigenen Vorstellungen auf das so verfälschte Grundgesetz zu berufen, bleibt rhetorisch. Ignoriert wird die für das Grundgesetz zentrale Verknüpfung der Handlungsfreiheit mit dem Privateigentum.

So sehr der bürgerliche Staat den einzelnen *Bürgern* die Freiheit lässt, mit ihrem jeweiligen Privateigentum ihren Erfolg zu suchen, so wenig gesteht er der *Bevölkerung* die Freiheit zu, die Ordnung von Privateigentum, Konkurrenz und Marktwirtschaft gesellschaftlich zu überwinden. (Partielle Außerkraftsetzungen in Gestalt von entschädigungspflichtigen Enteignungen einzelner Privateigentümer z. B. für Infrastrukturmaßnahmen sowie die Verstaatlichung unprofitabler, aber für die Gesamtwirtschaft notwendiger Betriebe ändern daran nichts.)

Das Recht auf Privateigentum gilt in der bürgerlichen Demokratie als zentrales Gegenmoment gegen die Macht des Staates. (Entsprechend hoch ist der Stellenwert der an den Umgang mit dem eigenen Privateigentum gebundenen individuellen „Handlungsfreiheit“ im Grundgesetz.) Diesem Verständnis zufolge „reduziert“ die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch deren Vergesellschaftung „die Freiheit auf die demokratische Mitwirkungsfreiheit. Denn eine Allzuständigkeit der demokratischen staatlichen Entscheidungsgewalt, eben weil sie demokratisch ist, bedeutet zugleich, dass die Einbeziehung des Einzelnen und der Gesellschaft in die staatliche Entscheidungsgewalt total wird. Demokratie heißt dann, dass alle über alles beschließen können; es gibt nur noch eine (Mitwirkungs-)Freiheit *im* demokratischen Prozess, nicht mehr eine Freiheit *gegenüber* dem demokratischen Prozess. Das Ergebnis ist die *totale* Demokratie, in der der Einzelne voll und ganz Glied des demokratischen Kollektivs ist, und die darum notwendigerweise einen totalitären Charakter annimmt“ (Böckenförde 1976, 198f.).

Das Recht sichert in der bürgerlichen Gesellschaft kein bestimmtes Eigentum, sondern ist zentriert um eine formale Eigentumsgarantie. Es trägt damit dem dynamischen Prozess der Kapitalakkumulation Rechnung, in dem besondere Kapitale in der Konkurrenz unterliegen und die Eigentümer dieses besonderen Kapitals von ihm getrennt werden. Nicht der bestimmte Besitz eines Privateigentümers wird geschützt, sondern die Regeln legalen Eigentumswechsels, Aneignung und Enteignung nach Maßgabe der selbstreferentiellen Dynamik des abstrakten Reichtums (Konkurrenz und Akkumulation). Sie widerspricht der Fixierung momentaner Erfolge zu dauerhaften Privilegien und Monopolen. Das Recht sichert demgegenüber die Gleichheit der Konkurrenzbedingungen und die beständige Ausgleichung der beständigen Ungleichheiten, den Zu- oder Abfluss von Kapital aus der einen Anlagesphäre in die andere. „Die formale Eigentumsgarantie [...] garantiert also keinem einzigen Träger von Privateigentumstiteln seinen Besitzstand schlechthin, sondern nur insofern, als er das Prinzip der Vereinbarkeit mit den Rechtstiteln anderer nicht verletzt. Es schützt daher nicht ein bestimmtes Privateigentum, sondern nur *das* Privateigentum allgemein vor Enteignung“ (Tuschling 1976, 55f.).

⁸ *Nur* wenn jeder an sich denkt und seinen Privatinteressen folgt, ist der Allgemeinheit am meisten gedient (Adam Smith 2009, 524).

Viele Linke sind sehr daran gewöhnt, sich auf die Demokratie zu berufen als Einspruchstitel gegen Autokratie, Autoritarismus und Faschismus. Ihnen geraten insofern die „individualisierenden und entpolitizierenden Formen politischer Willensbildung, die von demokratischen Organisationsformen garantiert werden“ (Offe 1972, 193f.) aus dem Blick. Wenn sie über das Recht in der bürgerlichen Gesellschaft und die repräsentative Demokratie sprechen, bleiben die Redakteure und Autoren von A&K sowie SoZ „fixiert an die Vorstellungen, welche sie an die Sache heranbringen“ (Adorno 1973, 118). Sie ersetzen die Auseinandersetzung mit der Logik der repräsentativen Demokratie und des bürgerlichen Rechts, indem sie beide mit ihren Idealen von ihnen verwechseln.

Peter Nowak fordert in seinem Artikel „BVerfG-Urteil zum Mietendeckel“ „aktive Mieter:innen“ auf, zu „fragen, warum eine Gruppe von Männern und Frauen, die von ihrer ganzen Lebensrealität her mehr mit Wohnungseigentümer:innen als mit einkommensschwachen Mieter:innen zu tun haben, über den Mietendeckel richten sollen“ (SoZ 5/2021, S. 4). Meint der Autor, dass Juristen, die zur Miete wohnen, notwendigerweise Urteile sprechen, die sich gegen privates Eigentum an Wohnungen wenden? Will er uns mitteilen: Es gibt keine in sich folgerichtige und stimmige Rechtslogik? Lautet seine Aussage: Die Richter sind Souverän über das Recht? Meint er: Das Recht ist Knetmasse in den Händen der Richter, die fallweise beliebig je nach ihren individuellen Vorstellungen Urteile fällen?

Die eigene Logik des bürgerlichen Rechts ist dort kein Thema, wo es in den Umgang von Personen mit ihm aufgelöst wird. Wer so vorgeht, weicht einer zentralen Frage aus. „Warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?“ (Paschukanis 1929, 120).

Der SoZ-Autor bleibt auf den Willen der Eigentümer fixiert. Aber „die Rechtsförmigkeit zielt nicht eigentlich auf die Subjekte, sondern auf die Sachen. Im Privateigentum wird demnach nicht der Eigentümer als Person geschützt, sondern als Besitzer von Waren etc. Der Schutz zielt [...] auf die freie Beweglichkeit der Sache. Freiheit i. S. der ‚Unabhängigkeit vom Willen eines anderen‘ [...] (hat die) Funktion, dass der Besitz frei ist, sich dem Wirken des Wertgesetzes anzupassen (verkauft zu werden, so oder so ‚angelegt‘ zu werden)“ (Blanke, Jürgens, Kastendiek 1975, 426) – im Unterschied z. B. zur im Feudalismus erblich festgelegten Weitergabe von Grundherrschaft und -untertänigkeit.

Nowak hält es für überflüssig zu fragen, warum der Schutz des Privateigentums nicht nur im bürgerlichen Recht eine zentrale Stellung, sondern auch im Bewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung meistens eine hohe Zustimmung hat. Um das erklären zu können, müsste er verstehen, warum im Kapitalismus „keine anderen gesellschaftlichen Beziehungen, Zwecke und Interessen der vergesellschafteten Individuen“ existieren, „die allen gemeinsam und deshalb wirklich allgemein sind“, als eben jene „formalen Zwecke und Interessen, die sie alle als Eigentümer von Waren überhaupt haben, nämlich der allgemeine Zweck der Garantie der Formen der Prozesse wechselseitiger, freier und gleicher Aneignung und Enteignung und das allgemeine Interesse an dieser Garantie“ (Tuschling 1976, 51).

Wir werden im Kapitel über die „Mystifikationen“ bzw. die „Oberfläche“ der kapitalistischen Ökonomie sehen, warum in ihr alle Beteiligten sich als Eigentümer – ihres jeweiligen „Produktionsfaktors“ – auffassen und warum im vorherrschenden Bewusstsein der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit hinter die Gemeinsamkeit – Eigentümer von Produktionsfaktoren zu sein – zurücktritt.

Vorstellungen, die das Recht als ein dem Willen der Reichen unterworfenen Instrument („Klassenjustiz“) ansehen, unterscheiden sich ums Ganze von einer Analyse, die das gegenwärtige Rechtssystem aus den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie erklärt und zeigt, welchen Stellenwert es in diesen Strukturen praktisch hat. Lesenswerte Analysen dazu finden sich in den genannten Texten sowie bei Stein 2012. Einen ersten Eindruck vom gegenwärtigen Wissensstand vermittelt eine Rezension dieses Buches. Vgl.

<https://www.socialnet.de/rezensionen/15434.php>

Rechtsstaat, repräsentative Demokratie und Grundrechte sind wesentliche Momente der politischen Form der bürgerlichen bundesdeutschen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie. Die große Mehrheit der Bevölkerung murrte zwar bisweilen über einzelne politische Entscheidungen. Sie hegt vage Vorbehalte gegen politische Fehlentwicklungen und ein diffuses Misstrauen gegen das politische Führungspersonal, lässt sich dadurch aber nicht von einer anhänglichen Stimmabgabe für bürgerliche Parteien und schon gar nicht von einer grundlegend positiven Wertschätzung der Verfassung abhalten.

Gerhard Klas setzt sich in seinem Artikel „Strukturelle und ohnmächtige Gewalt“ (in SoZ 7/2021) nicht mit den eigenen Logiken der ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ auseinander und mit den Formen, die sie politischem Eingreifen von unten auferlegt. Der SoZ-Autor schreibt: „Bürgerliche Demokratie ist eine hohle Phrase“ (Ebd.). Zugleich stellt er sich auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie und beklagt deren faktische Abwesenheit. Eine Integration der Bevölkerung durch die rechtsstaatlichen Verfahrensformen und Werte kennt er nicht, sondern nur eine „formal-demokratische Fassade“.

Die Zeitdiagnose von Klas lautet: „Der bürgerliche-demokratische Staat [...] ist in der Krise.“ Als Beleg für diesen linken Dauerbrenner bringt der SoZ-Autor „die neuen Polizei- und Versammlungsgesetze in den Bundesländern, von denen viele ganz klar gegen Revolten gerichtet sind.“ Der Staat wisse sich nur noch mit dem „Abbau von Rechten“ gegen drohende „Revolten“ zu wehren. „Der Staat setzt auf repressive Gewalt“ (Klas). Seit fünfzig Jahren lese ich alarmistische Warnungen vor dem „Abbau der Rechte“. Wäre auch nur ein Zehntel von ihnen eingetreten, hätten wir schon längst die blanke Diktatur.

Agitatoren, die mit einfachen Schlagworten und möglichst schweren Zeichen es sich leicht machen wollen (mit der Gewaltenteilung sei es „nicht weit her“ (Ebd.)), blenden so etwas wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz oder die Urteile gegen Trumps Anfechtung der Präsidentschaftswahlen beflissen aus. Zur pauschalen These vom autoritären Staat passt die Aussage, das ganze Sinnen und Trachten des bundesdeutschen Staates ziele darauf, „Rechte weiter

abzubauen. Rechte, die noch nie ein Geschenk der Reichen und Mächtigen waren, sondern immer gegen ihre Interessen erkämpft worden sind.“

Der „Alles ist Kampf“-Position ist der innere Zusammenhang zwischen bürgerlicher Gesellschaft, Märkten als Formen ökonomischer Regulierung und Rechtsstaatlichkeit unbekannt. Ebenso die lange marxistische Diskussion dazu. (Vgl. z. B. die lesenswerten und gut verständlichen Analysen von Eugen Paschukanis, Burkhard Tuschling, Kilian Stein u. a.). Über so eine Kleinigkeit wie den Unterschied zwischen einer bürgerlichen Rechtsordnung und feudalen oder totalitären Regimen sind „Klassenkrieg“-Lyriker erhaben. Der SoZ-Autor argumentiert in seinem Artikel nicht, sondern macht Stimmung, indem er die verschiedensten Themen in einem Rundumschlag assoziativ vermischt. Agitiert wird für einen diffusen Widerstand, in dem sich die untereinander disparatesten populären Bewegungen aufgehoben finden sollen. Ein solcher Gefühlsbrei ebenso denkfauler wie vager Vorstellungen bleibt pseudoradikal.

Mit den Inhalten, Implikationen und Zugzwängen sowohl des bürgerlichen Rechts als auch der bürgerlichen Demokratie muss sich diejenige Person nicht auseinandersetzen, die sowohl meint, der Staat sei undemokratisch geworden, als auch fordert, den „eigentlich guten“ Anspruch der Demokratie endlich einzulösen. Klas meint, er brauche sich gedanklich nicht auf die repräsentative Demokratie einzulassen. Sie sei ja ohnehin kaum noch vorhanden und bilde zudem nicht das Problem. Es bestehe vielmehr im Abbau der Demokratie. Der Autor konzentriert sich so sehr auf die Maßnahmen zur Einschränkung bzw. zum Abbau demokratischer Rechte, dass er sich nicht zu fragen braucht, inwieweit die vom Grundgesetz gewährten demokratischen Rechte, solange sie nicht abgebaut sind, ihrerseits etwas bewirken, das der politischen Arbeit zur Gesellschaftstransformation schadet bzw. sie zu verhindern hilft.

Der Autor führt eine im Milieu von SoZ und A&K typische Denkweise vor. Er betont dasjenige, das ihm als evident erscheint: den Abbau der Demokratie. Insofern meint er, nicht über die Demokratie nachdenken, sondern nur ihren vermeintlichen Abbau beschreiben zu müssen. Wie die repräsentative Demokratie oder die Verfassung ihrerseits aus sich heraus Rechte einschränken, die sie gewähren („keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“) und wie sie die politische Auseinandersetzung formieren, braucht dann nicht zum Thema zu werden. Dabei stellt es keinen großen Aufwand dar, sich von der Bundeszentrale für politische Bildung zum Preis von jeweils einem Kneipenbier gut verständliche und inhaltlich aufschlussreiche populäre Kommentare zum Grundgesetz zuschicken zu lassen (vgl. z. B. Detjen 2009, Hesselberger 2003). Die Lektüre dieser Texte sorgt für eine fundierte Desillusionierung in Bezug auf das Grundgesetz bzw. die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder repräsentative Demokratie. (Vgl. dazu auch Krölls 2013.)

Nehmen wir die Meinungsfreiheit als Beispiel. Auch sie ist nicht nur ein Recht, sondern enthält Pflichten bzw. gibt ein recht spezielles Selbst- und Weltverständnis vor. Es besteht im Gebot, sich eine folgenschwere Einschränkung aufzuerlegen. Die eigene Position solle sich bloß nicht aufspielen. Um mehr als *ein* der Vielheit von Meinungen untergeordnetes Element könne es sich bei der einzelnen Meinung nicht handeln. „Eine Meinung ist eine subjektive Vorstellung, ein beliebiger Gedanke, eine Einbildung, die ich so oder so und ein anderer anders haben kann“ (Hegel 18, 30).

Die Absage an dogmatische Alleinvertretungsansprüche schlägt um in einen dogmatischen Skeptizismus und Relativismus. Keine Theorie erscheint dann als wahr, aber alle gelten als nützlich für jeweilige partikulare Zwecke. Deren Ordnung wird nicht infrage gestellt. So hat nicht mehr einer recht, sondern alle sind im wesentlichen unkritisierbar. Jede Auffassung hat sich als einseitig zu bekennen. Objektivität kann es nur als Konsens von Meinungen geben. Alles andere erscheint als Dogmatismus, Intoleranz oder Arroganz. Meinungen sollen vorgebracht werden, um welche zu bleiben.

Die Meinungsfreiheit passt zum Konzept der „offenen Gesellschaft“. Deren Vertreter verpflichten die theoretische Arbeit in den Gesellschaftswissenschaften darauf, nichts anderes zu wollen, als einen „Beitrag“ vorzuschlagen, einen vorläufigen Anlauf zu präsentieren, einen „Versuch“, „Denkanstoß“ oder „Ansatz“ darzubieten. „Wo lauter Ansätze und Beiträge, Möglichkeiten und Hypothesen miteinander im Wettbewerb liegen, ohne doch je dort anzukommen, wohin sie zu streben vorgeben, darf eines nicht passieren: Der Dialog darf nicht verstummen, das Gespräch nicht unterbrochen werden. Der Fetisch der Kommunikation macht sich selbständig gegenüber allem, was kommuniziert zu werden lohnte“ (Steinfeld 1991, 93f.). Wir sind auf die Meinungsfreiheit auch insofern etwas ausführlicher eingegangen, als das Selbst- und Weltverständnis, das zur durch das Grundgesetz gewährten Meinungsfreiheit auffordert, auch das Verhältnis vieler Linker zur notwendigen Erkenntnisarbeit prägt.

Ein für Zeitungen wie SoZ und A&K typischer Artikel wie der von Klas sieht das Negative, dem die Leute in Bezug auf die Demokratie unterliegen, allein in der Einschränkung oder dem Abbau von Rechten. Die repräsentative Demokratie und die Verfassung selbst erscheinen ihm als reiches Angebot von Freiheiten und Rechten ohne kritikwürdige Einschränkungen der politischen Artikulationsmöglichkeiten und ohne problematische Formierung der politischen Auseinandersetzung. Die Einschränkung und Formierung entsteht Klas zufolge erst durch den Abbau der Demokratie. Für die repräsentative Demokratie bzw. die bürgerliche Verfassung ist die Einheit von drei Momenten charakteristisch: Die Gewährung von Rechten, die Einschränkungen, die die Rechte selbst beinhalten, sowie die mit ihrer Gewährung verbundene Grenze ihrer Gewährung. Diese Einheit zerreißt Klas. Er unterscheidet zwischen Gutem und Schlechtem. Das Gute sei die die Rechte gewährende Demokratie. Das Schlechte hat Klas zufolge nichts mit der repräsentativen Demokratie zu tun, sondern mit einem ihr äußerlichen oder feindlichen Prozess: Dem Abbau oder der Einschränkung der Demokratie. Einem solchen Bewusstsein wird selbst das KPD-Verbot 1956 als Verstoß gegen das Grundgesetz erscheinen und nicht als dessen Umsetzung und Konsequenz.

Linke, die den Abbau von Demokratie beklagen, ohne die repräsentative Demokratie selbst zu kritisieren, schieben letzterer ihre eigenen, linken Vorstellungen von Demokratie unter. Sie retten ihre Vorstellung von „Demokratie“, indem sie beharrlich die Frage verdrängen, wie viel repräsentative Demokratie und ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung‘ in ihrer Vorstellung steckt. Sie belassen es dabei, ihr Ideal von Demokratie auf einen Sockel zu stellen und scheuen konsequenterweise davor zurück, es auszubuchstabieren. Ein hässlicher Nachteil solcher Idealvorstellungen ist, dass man oftmals „in dem Maß, wie der Schatten Gestalt annimmt, bemerkt,

dass diese Gestalt, weit entfernt, ihre erträumte Verklärung zu sein, just die gegenwärtige Gestalt der Gesellschaft ist“ (MEW 4, 105).⁹

Linke Vulgärökonomie – Die Ersetzung von Wert- durch Machttheorie

Als ob es nicht seit langem marxistische Kritik an Theoremen des „Monopolkapitalismus“ gibt, ist in der SoZ von ihm ebenso selbstverständlich wie naiv die Rede (z. B. Nr. 6/20021, S. 12).¹⁰ In der

9 Die „Albernheit der Sozialisten (namentlich der französischen, die den Sozialismus als Realisation der von der französischen Revolution ausgesprochenen Ideen der bürgerlichen Gesellschaft nachweisen wollen)“, besteht darin, „das überflüssige Geschäft vornehmen zu wollen, den ideellen Ausdruck (der bürgerlichen Gesellschaft – Verf.) selbst wieder realisieren zu wollen“ (MEW 4, 160). Solche Linke mühen sich mit der Beweisführungen ab, „dass der Tauschwert ursprünglich (in der Zeit) oder seinem Begriff nach (in seiner adäquaten Form) ein System der Freiheit und Gleichheit aller, aber verfälscht worden sei durch Geld, Kapital etc. [...] Das Tauschwertsystem und mehr das Geldsystem sind in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit. Die Widersprüche aber, die bei tieferer Entwicklung erscheinen, sind immanente Widersprüche, Verwicklungen dieses Eigentums, Freiheit und Gleichheit selbst; die gelegentlich in ihr Gegenteil umschlagen. Es ist ein ebenso frommer wie alberner Wunsch, dass zum Beispiel der Tauschwert aus der Form von Ware und Geld sich nicht zu der Form des Kapitals oder die Tauschwert produzierende Arbeit sich nicht zur Lohnarbeit fortentwickeln soll“ (Marx 1974, 916).

10 Die Macht von Monopolen im modernen Kapitalismus ist begrenzt. Sie „wird in der Konkurrenz immer wieder abgebaut, wobei durchaus die Möglichkeit besteht, dass aufgrund besonderer Bedingungen das Schwinden von monopolistischen Profiten sich über längere Zeiträume verzögert, dass die Wirkungsweise des Wertgesetzes sich also nur modifiziert durchsetzt“ (Altvater 1975, 188). „Das Wertgesetz begrenzt also monopolistische Machtentfaltung, die Monopolmacht kann niemals an die Stelle des Wertgesetzes treten. Aber sie modifiziert seine Durchsetzung. Sie wirkt dahin, dass sich die Bewegungsgesetze der Produktionsweise eben nur als Tendenzen durchsetzen“ (Ebd., 190).

Die Abschottung des Monopolisten gegen den Zustrom anderen Kapitals in seine Produktionssphäre ist auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. „Selbst in der Ölwirtschaft – wo heute (2013) gewaltige Summen für den Neueinstieg erforderlich sind – gibt es kein umfassendes und weltweit wirkendes Kartell. Es kommen immer wieder neue Ölförderer hinzu, und es gibt bei der Exploitation neuer Ölfelder, bei der Nutzung neuer Ölfördertechniken usw. einen erbitterten Konkurrenzkampf“ (Sandleben, Schäfer 2013, 55).

Kartelle – als Vorformen von Monopolen – werden häufig von innen aufgesprengt. Die im Kartell zusammengeschlossenen Kapitale konkurrieren untereinander um Anteile an der Produktionsmenge und an Erlösen. „Es genügt, dass technische Verbesserungen, Erfindungen oder eine Ausweitung der Kapazität Veränderungen im Kräfteverhältnis dieser Firmen hervorrufen, damit diejenige, die sich in der Konkurrenz am stärksten fühlt, das Abkommen in der Absicht bricht, einen höheren Marktanteil zu erobern“ (Mandel 1972, 546).

SoZ wie in anderen linken Zeitungen ist ein primitives Verständnis von Ökonomie und Gesellschaft weit verbreitet, das Michael Wendl (2013) lehrreich darstellt, analysiert und kritisiert.¹¹

Zwar hat der regelmäßig in der SoZ schreibende Jakob Schäfer ein Buch („Apologie von links“) veröffentlicht, das eine Kritik an der bei Linken dominanten Auffassung von der Herrschaft des Finanzkapitals vorlegt. (Diese Meinung wird auch in anderen lesenswerten Arbeiten überzeugend kritisiert – vgl. Michael Wendl (2013) sowie Wolfgang Krumbein u. a. (2014).) Ungeachtet dessen heißt es in der gruselig regressiven Überschrift eines Artikels in der SoZ 12/ 2018: „Übernimmt die Wall Street jetzt Berlin?“ Auch sonst ist immer wieder die Rede von kleinen Gruppen (der Superreichen, der Monopole u. a.), die die Regierung lenken wie Marionetten. An die Stelle des Wissens um die Strukturen der kapitalistischen Ökonomie tritt die Personalisierung und die Agententheorie. Das Wissen um die notwendige Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft von einzelnen Gruppen scheint unbekannt zu sein.

Könnten ökonomisch Mächtige sich unmittelbar durchsetzen, dann dürfte eine Kartellgesetzgebung nicht existieren, die immer wieder Fusionen verhindert – wie z. B. zwischen Thyssen Krupp und dem indischen Tata-Unternehmen. Würde die Annahme stimmen, dass die Elite unmittelbar zu verfügen vermag über die Politik, dann gäbe es einen relevanten Unterschied zwischen verschiedenen Staaten nicht. In manchen herrscht so etwas wie die Mafia, in anderen existiert sie auch, aber im großen und ganzen dominiert in diesen Ländern der Rechtsstaat und nicht die Korruption. Würde „die Wall Street“ „Berlin übernehmen“ (SoZ 12/ 2018), gäbe es keine Interessengegensätze mehr zwischen Finanzkapital und industriellem Kapital.

Die Auffassung, „das“ Kapital, „die Eliten“ oder „die Reichen“ würden die Politik „diktieren“, setzt voraus, dieses Subjekt habe einen einheitlichen Willen und entsprechende Interessen und sei insofern als Kollektivsubjekt handlungsfähig. Die verschiedenen Kapitale stehen in Konkurrenz zueinander, es gibt verschiedene „Kapitalfraktionen“ (z. B. Exportkapital, für die Binnennachfrage produzierendes Kapital). Außer in sehr allgemeinen Fragen (Schutz der kapitalistischen Ökonomie vor politischer Infragestellung) lässt sich häufig keine Einigkeit vorfinden, sondern ein „in sich widersprüchliches Konglomerat von Einzelinteressen“ (Wirth 1973, 38).

Anhänger der Auffassung vom „Monopolkapitalismus“ können nicht beantworten, warum die Profitraten der Monopole nicht steigen, obwohl es sich bei ihnen doch angeblich um die Mächtigsten der Mächtigen handele. „Empirische Untersuchungen (konnten – Verf.) für Deutschland nachweisen, dass die Legende einer Hierarchie der Profitraten – also strukturell höhere Profitraten der zu Monopolen titulierten Großunternehmen – vor der ökonomischen Wirklichkeit keinen Bestand hatte (Saß 1978). Stephan Krüger vermerkt in seinen eigenen empirischen Untersuchungen auf Basis des amtlichen statistischen Materials, dass diese Untersuchungen ‚eher das gerade Gegenteil‘ der Monopoltheorie oder der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigen, ‚nämlich eine gemein niedrigere Profitrate großer Kapitalgesellschaften‘ (Krüger 2010, 138)“ (Wendl 2013, 67).

¹¹ Alex Demirovic präsentiert die akademische Variante des Vorgehens, Gesellschaftstheorie auf Handlungs- und Machttheorie zu verkürzen. Vgl. dazu Creydt 2018.

Die kapitalistische Ökonomie ist ein naturwüchsiger Prozess, der nicht von „den Superreichen“ gelenkt wird. Wirtschaftswissenschaftler liegen regelmäßig in ihren Prognosen daneben. Lobbyisten, Wirtschafts- und Politikberatung sowie Organisationen wie z. B. die Bertelsmannstiftung vertreten bestimmte Vorstellungen, welche Wirtschaftspolitik, Infrastrukturentwicklung und Sozialpolitik der ökonomischen Entwicklung am besten dienen. Es gibt weder eine automatische noch eine sichere Übersetzung der Notwendigkeiten der kapitalistischen Ökonomie in die staatliche Politik. Ihre Maßnahmen sind umstritten und über ihre Angemessenheit gibt es ständig neue Kontroversen. Die Versuche, Einfluss auszuüben, um bestimmte Maßnahmen durchzusetzen, sind nicht zu verwechseln mit einem Subjekt, das die kapitalistische Ökonomie steuert.

Die verschiedenen Netzwerke und Lobbyisten konkurrieren miteinander. Ihr Wirken kann zu einer Wirtschaftspolitik (wie z. B. der in der Zeit der Präsidentschaft von Trump) führen, über die im nachhinein vielleicht das Urteil entstehen wird, sie sei unter kapitalismusimmanenten Maßstäben kontraproduktiv gewesen. Häufiger wird es sich allerdings so verhalten, dass die Aktivitäten der verschiedenen Netzwerke und Lobbygruppen sich gegenseitig hemmen oder die „Übertreibungen“ von an Sonderinteressen gebundenen Konzepten korrigieren.

Den für die kapitalistische Ökonomie charakteristischen Strukturen und Teufelskreisen sind auch die Kapitalisten, „die Reichen“, die „Eliten“ usw. unterworfen. Sie haben keine „Souveränität“ über diese Gesetze. Es gibt kein den Kapitalismus autonom lenkenden Souverän. In der kapitalistischen Ökonomie spielen sich selbst reproduzierende und positiv rückkoppelnde Strukturen die entscheidende Rolle.¹²

Macht zu haben, steht per definitionem im Kontrast zum Befolgen von Zwängen. „In dem Maße [...], wie Unternehmen dem ökonomischen Rentabilitätskalkül folgen müssen, lassen sie sich von [...] ökonomischen Umweltdaten leiten, agieren also nicht autonom, sondern gemäß strukturellen Zwängen. Wenn bspw. ein Großunternehmen ein Zweigwerk schließt oder ein geplantes neues Werk doch nicht baut, weil die Gewinnaussichten nicht danach sind, übt das Unternehmen keine Macht aus – auch wenn das von der Seite der dadurch negativ Betroffenen, die daran interessiert sein müssen, es zumindest so erscheinen zu lassen, als ob das Unternehmen auch anders entscheiden könnte, so dargestellt wird. ‚Investitionsstreik‘ ist also eine irreführende Bezeichnung. Die Unternehmen können in derartigen Situationen gemäß kapitalistischer Rationalität gar nicht anders als nicht investieren. Gerade diese Unfreiwilligkeit sichert die durchschlagende Wirkung, die bereits der politischen Antizipation eines derartigen Handelns zukommt. Diese Drohung mit der eigenen

12 Ein Beispiel dafür: „Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eignen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter“ (MEW 23, 742). „Als Resultat des Produktions- und Verwertungsprozesses erscheint v. a. die Reproduktion und Neuproduktion des Verhältnisses von Kapitalist und Arbeiter. Dies soziale Verhältnis, Produktionsverhältnis, erscheint in fact als ein noch wichtigeres Resultat des Prozesses als seine materiellen Resultate“ (Marx 1974, 596). Vgl. a. MEW 23, 595f. und 603.

Ohnmacht und der ‚Ansteckungsgefahr‘ für die Politik ist der Trumpf der kapitalistischen Ökonomie, der im Konfliktfalle jedes andere gesellschaftliche Interesse aussticht“ (Schimank 1983, 18f.).

Die Mystifikationen der „Oberfläche“ in der kapitalistischen Ökonomie

Die moderne Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie ist so strukturiert, dass aus ihr selbst unzutreffende Aussagen über sie nicht nur entstehen, sondern in der Bevölkerung als plausibel gelten. „Es ist [...] nicht der Mensch, der sich selbst über die Realität täuscht, es ist die Realität, die ihn dadurch täuscht, dass sie unvermeidlich in einer Form erscheint, die sich dem spontanen Bewusstsein der in der Geschäftswelt lebenden Menschen auf verdrehte Weise zeigt und verbirgt“ (Godelier 1977, 170).

Die Individuen unterliegen in dieser Gesellschaft nicht nur einer objektiven Enteignung und Machtlosigkeit, sondern auch einer subjektiven Entwirklichung. Sie sind auf ihre Urteilsautonomie stolz. Ihnen entgeht zugleich, dass sie, bevor sie anfangen, vermeintlich selbst zu denken, sich schon in naheliegenden problematischen Denkformen bewegen und häufig nur zu Gedanken kommen, die diesen entsprechen. Diesem Bewusstsein „erscheinen diese Verhältnisse um so selbstverständlicher, je mehr der innere Zusammenhang an ihnen verborgen ist“ (MEW 25, 825).

Vom psychischen Unbewussten ist häufig die Rede. Dass ein seiner selbst unbewusstes Bewusstsein existiert, das aus der kapitalistischen Ökonomie resultiert, ist weit weniger bekannt. Die narzisstische Kränkung, erfahren zu müssen, dass das Ich nicht Herr im eigenen Haus seiner Subjektivität ist, hatte Freud auf die Existenz des Unbewussten bezogen. Wir beziehen sie auf ein gesellschaftlich konstituiertes Bewusstsein. Zu dessen Untersuchung bot sein erster Analytiker, Karl Marx, nicht ohne Grund so starke Worte wie „Fetischismus“, „phantasmagorische Form“, „Mystifikation“, „Verkehrung“, „Verdrehung“ und „Verrücktheit“ auf. Er arbeitete heraus, dass das so bezeichnete Bewusstsein keineswegs dem pragmatischen bzw. immanent gesehen realitätstüchtigen Handeln in der kapitalistischen Ökonomie entgegensteht, sondern allein deren Erkenntnis. Dass die von Marx vorgelegte Analyse der Gesellschaft, in der die kapitalistische Ökonomie herrscht, eine Analyse und Kritik des Bewusstseins der in dieser Ökonomie Agierenden enthält, ist vielen unbekannt geblieben.

Folgende Beispiele sollen die Verwirrung, die diesem Bewusstsein eigen ist, verdeutlichen. Ihm erscheint Kapitalismusspezifisches als stofflich Neutrales bzw. als Sachzwang (z. B. als Folge moderner Technik, Organisation usw.). Die für den Kapitalismus zentrale Ausbeutung der Arbeitskraft wird als Unterfall einer menschlich allgemeinen Ausbeutung und Übervorteilung von Menschen durch Menschen verallgemeinert und universalisiert. Dieses Bewusstsein ebnet den Unterschied zwischen Oberflächenphänomenen und wesentlichen Strukturen ein. Oberflächenphänomenen gilt die primäre Aufmerksamkeit. Die Perspektive von Akteuren *im* System wird mit der Erkenntnis *des* Systems verwechselt.

Ein Resultat von Marx' Kapitalismusanalyse lautet: „Je weiter wir den Verwertungsprozess verfolgen, umso mehr wird sich das Kapitalverhältnis mystifizieren, und um so weniger das

Geheimnis seines inneren Organismus bloßliegen“ (MEW 25, 58). „Die unbegreifliche Form, die wir an der Oberfläche vorfinden“, ist „das Resultat des Prozesses, worin nach und nach die Gestalt des Kapitals immer entfremdeter und beziehungsloser auf sein innres Wesen wird“ (MEW 26.3, 458). All das sorgt dafür, dass „mein Verständnis“ (hier: der Gesellschaft) „nur Blindheit gegen mein eigenes Unverständnis“ ist (Wittgenstein, Über Gewissheit).

Die SoZ hat eine Rubrik mit der Überschrift „Ich lese die SoZ, weil ...“. In der Ausgabe vom Mai 2022 teilt eine Leserin mit, sie lese die SoZ, weil „berichtet wird, warum Einzelpersonen und Bewegungen ein soziales Miteinander fordern und wie sie dafür eintreten“ (vollständiges Zitat). Die Frage „Wer beanstandet in der Bundesrepublik Deutschland mangelndes ‚soziales Miteinander‘?“ führt zu folgendem Ergebnis: Regelmäßig kritisieren Kommentatoren und Politiker, dass die „Tarif-“ oder „Sozialpartner“ sich „nicht einigen“ können und zu viel streiten. Einigen sie sich doch, so lautet der Tadel oft: Das gelingende Miteinander von Unternehmen und Gewerkschaften findet auf Kosten anderer Belange statt. Gewerkschaften würden es im Kampf für die Kernbelegschaften an Verantwortung für die Arbeitslosen fehlen lassen (also an „Miteinander“ oder „Solidarität“ mit ihnen), weil hohe Löhne die Einstellung neuer Arbeitskräfte erschweren. Kritisiert wird allenthalben, dass „zu große Ansprüche“ einzelner Gruppen das Gedeihen der alle Einwohner dieser Gesellschaft betreffenden Belange („Wachstum“, „Arbeitsplätze“ und Preisstabilität) gefährden. „Die Jungen“ würden das Miteinander bzw. die Solidarität mit „den Alten“ nicht beherzigen (oder umgekehrt). Wer vom sozialen Miteinander redet, gibt zu Protokoll: „Die bestimmten Ursachen von Gegensätzen und Problemen interessieren mich nicht sonderlich. Von ihnen sehe ich ab. Ich sehe es darauf ab, Probleme zu interpretieren als Resultat eines mangelnden Miteinanders oder einer zu geringen Kompromissfähigkeit bzw. Rücksichtnahme verschiedener Gruppen.“

Um einen zufälligen Fehler handelt es sich bei dieser Denkweise nicht. Die kapitalistische Ökonomie ist so strukturiert, dass die an ihr Beteiligten mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Bewusstsein von ihr entwickeln, das dem Waren-, Geld-, Lohn-, Kapital- und Zinsfetisch aufsitzt. Marx analysiert diese Gestalten der Realität und des Bewusstseins in seinen Schriften zum ‚Kapital‘. Das Resultat dieser Mystifikationen besteht darin, dass „die verschiedenen Formen des Mehrwerts und Gestalten der kapitalistischen Produktion“ ihren inneren Gegensatz und Widerspruch nicht mehr zeigen. Stattdessen erscheinen verschiedene Gruppen, die jeweils ihren Produktionsfaktor einbringen – die Unternehmer das Kapital, die Arbeitnehmer die Arbeitskraft und die Grundbesitzer den Boden.

Auf der „Oberfläche“ der kapitalistischen Ökonomie sieht es so aus, als ob sie „in keinem feindlichen, weil überhaupt in keinem inneren Zusammenhang“ zueinander stehen.¹³ „Wirken sie nun doch in der Produktion zusammen, so ist das ein harmonisches Wirken, der Ausdruck von Harmonie, wie ja z.B. der Bauer, der Ochse, der Pflug und die Erde in der Agrikultur [...], trotz ihrer Verschiedenheit, harmonisch zusammenarbeiten“ (MEW 26.3, 493f.). So entsteht aus der mystifizierten Gestalt der kapitalistischen Ökonomie, die sie im Bewusstsein der an ihr Beteiligten annimmt, die Vorstellung vom „Miteinander“. Gewiss ist dieses Bewusstsein nicht blind für Interessendivergenzen zwischen den verschiedenen Klassen der Besitzer von Einkommensquellen (Kapital, Arbeit, Boden). Es fällt aber schwer, die Strukturen der kapitalistischen Ökonomie und die für sie zentralen Widersprüche zu begreifen. Naheliegender ist dem Bewusstsein die Vorstellung der Kombination von Produktionsfaktoren. Deren Besitzer erscheinen als einander gleich (alle werden gebraucht in der Arbeitsgemeinschaft) und haben erst sekundär verschiedene Interessen. „Soweit ein Gegensatz zwischen ihnen stattfindet, entspringt er (dieser Auffassung zufolge – Verf.) bloß aus der Konkurrenz, welcher der Agenten mehr vom Produkt (Mehrprodukt – Verf.) sich aneignen soll, vom Wert, den sie gemeinsam schufen [...], so dass ihre Konkurrenz selbst nur als der stachelnde Ausdruck ihrer Harmonie erscheint“ (Ebd.).¹⁴

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich einige Argumentationsformen (im Unterschied zu einzelnen konkreten Urteilen) angeben, die für die unser Denken beherrschenden „objektiven Gedankenformen“ (MEW 23, 90) in einer modernen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie typisch sind.

13 Die „Ausdrücke ‚Erscheinung‘ und ‚Oberfläche‘ selbst stellen ein Problem dar. Erscheinungen können etwas konnotieren, das ‚falsch‘ ist, Oberflächenformen scheinen nicht so tief zu gehen wie ‚Tiefenstrukturen‘. Diese sprachlichen Konnotationen haben den unglücklichen Effekt, daß sie uns die verschiedenen Momente in der Form mehr/weniger real, mehr/weniger wichtig anordnen lassen. Aber von einem anderen Standpunkt aus ist das, was an der Oberfläche ist, was fortwährend erscheint, gerade dasjenige, was wir immer sehen, dem wir täglich begegnen, was wir ganz selbstverständlich als die offensichtliche und manifeste Form des Prozesses annehmen“ (Hall 1984, 112f.).

14 In der „trinitarischen Formel“ der Produktionsfaktoren und Einkommensquellen (Kapital-Zins, Boden-Rente, Arbeit-Lohn) ist jede Ahnung um eine gemeinsame Quelle des Wertes und Neuwertes und um den grundlegenden Zweck kapitalistischer Produktion ausgelöscht. Sind Zins und Bodenrente Anteile, die vom produktiven Kapital aus dem von den Arbeitskräften erwirtschafteten Mehrwert an das Kreditkapital und den Grundbesitz abgegeben werden, so *erscheinen* sie als Einkommen den jeweiligen Produktionsfaktoren als solchen zuzukommen. Die „Produktionsfaktoren“ gelten als voneinander unabhängig. Der Zusammenhang zwischen den drei Faktoren scheint nicht zu bestehen, sondern müsse erst jeweils hergestellt werden, indem sich die Besitzer der Produktionsfaktoren darauf vereinbaren, ihre Produktionsfaktoren zusammenwirken zu lassen. „Sie stehen also in keinem feindlichen, weil überhaupt in keinem inneren Zusammenhang“ (MEW 26.3, 493).

Die trinitarische Formel fasst die Mystifikation zusammen, derzufolge Kapital die Organisationsweise der Produktionsmittel überhaupt ist und Lohnarbeit mit jeder Arbeit zusammenfällt (auch der des „Unternehmers“). Im Zusammentreten der verschiedenen Produktionsfaktoren bestätigen sie sich gegenseitig in ihrer stofflichen Verschiedenheit. Keiner darf für eine gelingende Produktion fehlen. Insofern sind sie gleichrangig.

- Das Geld, die Lohnarbeit und der Arbeitsplatz erscheinen als Mittel der Individuen, „als subjektive Möglichkeiten, als Sub-Fälle des ‚Was-fängt-man-mit-ihnen-an‘“ (Almási 1977, 215). Diese Nützlichkeitsansicht der Welt liefert jeweils „den Nachweis, dass unter den existierenden Bedingungen die jetzigen Verhältnisse der Menschen zueinander die vorteilhaftesten“ seien (MEW 3, 399). Die Redeweise von der ‚Zweckrationalität‘ unterscheidet nicht zwischen dem Selbstbewusstsein einer kalkulierenden Stellung zur Welt und der Erklärung des tatsächlichen Handelns der Individuen.
- Wo Strukturen existieren und wirken, werden Individuen als Urheber oder als Schuldige angesehen (Personalisierung).
- Die Freiheit im Markt von direkten Vorschriften durch andere steht bei vielen so im Vordergrund, dass sie die Formierung ihrer Interessen und Lebensweisen durch zentrale Momente des Marktes und der kapitalistischen Ökonomie nicht in den Blick bekommen.
- Gesellschaftlich Konstituiertes (z. B. die kapitalismusspezifische Form der Technik, der Organisation usw.) erscheint als ein von jeder gesellschaftlichen Spezifik unabhängiger neutraler Sachzwang (Versachlichung). Die „spezifisch gesellschaftliche Form, i.e. die kapitalistische Form, worin das Verhältnis von Arbeit und Arbeitsbedingungen sich verkehrt, so dass nicht der Arbeiter die Bedingungen, sondern die Bedingungen den Arbeiter anwenden“, lässt sich nun „auch technologisch [...] rechtfertigen“ (MEW 26.3, 271). Dies erscheint dem vorherrschenden Bewusstsein als ein der modernen Technik aus ihr selbst heraus zukommendes Charakteristikum und als Sachzwang. An ihm vermöge jede Gesellschaftsformation, die nicht hinter „die Moderne“ zurückfallen will, nichts substantiell zu ändern.
- Die für den Kapitalismus zentrale Ausbeutung der Arbeitskraft wird als Teilmenge einer zu allen Zeiten vorzufindenden Übervorteilung von Menschen durch Menschen verallgemeinert und entspezifiziert (formelle Abstraktion).¹⁵
- Zentrale und konstitutive Strukturen verblassen vor den Zufälligkeiten, in denen sie sich durchsetzen.¹⁶
- Die Gesellschaft sei durch ein Prinzip charakterisiert. Im „Großen“ (z. B. in der Wirtschaft) würden die gleichen Motive herrschen wie im „Kleinen“ (im privaten Alltag). Bspw. ist die Rede vom „unbegrenzten Anspruchsdenken (in der Form des Profits oder des Konsums)“ (Mahnkopf 2015, 97). Die Erklärung des ökonomischen Wachstums durch „Anspruchsdenken“ verkennt die objektiven Ursachen, die die kapitalistische Akkumulation

15 Empfänger staatlicher Unterstützungsleistungen beuten diesem Verständnis zufolge den Leistungskern der Gesellschaft aus. „Die Versuchung, andere für sich arbeiten zu lassen, [...] wird zur Massengefahr [...]: Ausbeutung nicht von oben, sondern von nebenan. Nicht mehr Reiche beuten Arme aus, ist die alles dominierende Verteilungsfrage in der Wohlstandsgesellschaft, sondern möglicherweise: Die Faulen beuten die Fleißigen aus“ (Norbert Blüm, zit. n. Bischoff, Detje 1989, 114.)

16 „Die Sphäre der Konkurrenz (ist), jeden einzelnen Fall betrachtet, vom Zufall beherrscht, [...] wo also das innere Gesetz, das in diesen Zufällen sich durchsetzt und sie reguliert, nur sichtbar wird, sobald diese Zufälle in großen Massen zusammengefasst werden, wo es also den einzelnen Agenten der Produktion selbst unsichtbar und unverständlich bleibt“ (MEW 25, 836).

nötig machen. Das Konstrukt des „Anspruchsdenkens“ stellt Verschiedenes in eine Reihe (Kapitalakkumulation und Konsum).

- Die innere Notwendigkeit des Kapitals (Kapitalakkumulation) erscheint als äußere Notwendigkeit (Konkurrenz).¹⁷

Diejenigen Linken, die das Ensemble der Mystifikationen in der kapitalistischen Ökonomie nicht ernst nehmen, haben ein gravierendes Problem weniger. Sie brauchen sich nicht mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass das Bewusstsein von Mitgliedern der modernen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie sich in Erscheinungsformen bewegt, „die sich unmittelbar spontan reproduzieren, als gang und gäbe Denkformen“ (MEW 23, 564). Viele linke Zeitungsmacher meinen nicht, dass in den Artikeln etwas Mystifiziertes entwirrt werden muss. Ihnen fehlt das Problembewusstsein für das sich in Verkehrungen¹⁸ bewegende Denken. Linke Zeitungen wie z.B. A&K und SoZ konfrontieren ihre Leser nicht mit der Zumutung, die Mystifikationen wirklich durchdenken zu müssen. Die Zeitungen bringen zusätzliche „Informationen“ und einzelne Argumente. Diese linken Publizisten teilen die Souveränitäts- und Subjektfiktionen der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft. Letztere meinen, ihnen sei alles eigentlich „ganz klar“. Allenfalls bräuchten sie für ihren „Durchblick“ nur einige fehlende „Infos“ und einzelne Einsichten.

Angesprochen werden Leser, die meinen, „etwas“ nicht zu verstehen und zu dem jeweiligen „etwas“ ein paar Hintergründe erfahren wollen. Oft geht es beim „Durchblick“, den solche Leser sich von einer linken Zeitung erhoffen, darum, „den rätselhaften Gestalten menschlicher Verhältnisse [...] vorläufig den Schein der Fremdheit abzustreifen“ (MEW 23, 196). Für entsprechende „Erklärungen“ gilt: „So wie ein Schwimmbad für die da ist, die schwimmen wollen, ist eine Erklärung für die da, die glauben wollen“ (Brecht: Turandot oder der Kongress der Weißwäscher, Szene 5a).

Grundlegendes Nachdenken in Bezug auf gesellschaftliche Phänomene – im Unterschied zum Füllen von Lücken des eigenen Hausverständes – wird erst für diejenigen nötig, die wenigstens eine Ahnung davon haben, dass ihre spontanen Urteile mit hoher Wahrscheinlichkeit einem täuschenden Schein aufsitzen. Die „fertige Gestalt der ökonomischen Verhältnisse“ ist „sehr verschieden von,

17 Die Konkurrenz lässt die inneren Gesetze des Kapitals als äußeren Zwang erscheinen, die „innere Natur (erscheint) als äußere Notwendigkeit“ (Marx 1974, 317), als „Zwang, der ihm von fremdem Kapital angetan wird“ (Ebd., 316f.). „Was in der Natur des Kapitals liegt, wird nur reell herausgesetzt, als äußere Notwendigkeit, durch die Konkurrenz, die weiter nichts ist, als dass die vielen Kapitalien die immanenten Bestimmungen des Kapitals einander aufzwingen und sich selbst aufzwingen“ (Ebd., 545).

18 In der *Verkehrung* findet die „unmerkliche und unbeabsichtigte Verschiebung eines Sinnes dergestalt“ statt, „dass in die gleich bleibende Form des Gedankens etwas [...] Fremdes oder Entgegengesetztes aufgenommen wird. Verkehrung ist nicht nur Umkehrung ins Gegenteil, sondern die Verkoppelung des Wesensverschiedenen [...], die dazu führt, mit der gedanklichen Form einer ursprünglichen Wahrheit etwas, das diese Wahrheit wieder aufhebt, zu ergreifen“ (Jaspers 1966, 63). Es handelt sich bei der in der kapitalistischen Ökonomie stattfindenden „Verdrehung und Verkehrung (um) eine wirkliche, keine bloß gemeinte, bloß in der Vorstellung der Arbeiter und Kapitalisten existierende“ (Marx 1974, 716).

und in der Tat verkehrt, gegensätzlich zu ihrer inneren, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff“ (MEW 25, 219). In Bezug auf die Natur hat sich bei modernen Bürgern herumgesprochen, dass der Augenschein das gerade Gegenteil der Wirklichkeit zeigt (die Sonne dreht sich nicht um die Erde). In Bezug auf die Gesellschaft ist das sich souverän und bewusst dünkende Subjekt stolz über seinen Erfolg, doch immer wieder die Phänomene ganz in Übereinstimmung mit seinen Auffassungen deuten und auf diese Weise seinen „Durchblick“ genießen zu können.

Die Analyse der kapitalistischen „Oberfläche“ betrifft den Kapitalismus in seinem inneren Durchschnitt, nicht in seiner konkreten jeweiligen historischen und nationalen Ausformung.¹⁹ Die in den Schriften zum ‚Kapital‘ enthaltene Analyse der mit den herrschenden Modi des Geschäfts- und Erwerbslebens verbundenen Mystifikationen ist Gramscis Theorie der „Zivilgesellschaft“ entgegengesetzt – wenigstens dann, wenn letztere verstanden wird „als Bereich der Ausübung von Hegemonie, durch die *eine soziale Gruppe* für ihre *Herrschaft* bei den Herrschaftsunterworfenen Zustimmung *erzeugt*“ (Demirovic 1999, 20 – Kursivsetzung durch mich). Gramscis Hegemoniekonzept kann analytisch sinnvoll sein, wenn es auf die Realanalyse jeweils konkreter konsensförmiger politischer Projekte und Koalitionen bezogen wird. Sie aber setzen die übergreifende Gemeinsamkeit der in ihren Sonderinteressen einander entgegengesetzten Akteure und die Gemeinwohlrealfiktio voraus, wie sie im Kapitalismus aus den ihm immanenten Bewusstseinsformen entsteht (und gerade *nicht* durch das hegemonial geschickte Tun „einer sozialen Gruppe“ „erzeugt“ wird). Auf deren empirische Ausgestaltung bezieht sich der sinnvolle Gebrauch von Gramscis Hegemoniekonzept, also auf eine näher an der Empirie orientierte Abstraktionsebene.

Viele Linke, für die das System der Mystifikationen in der kapitalistischen Ökonomie keine Rolle spielt, erachten das vorfindliche Bewusstsein als Resultat von Manipulationen durch Medien. Sie begreifen nicht, wie das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein verstimmt. „Manipulationen“ durch Medien verstärken die Mystifikationen im Bewusstsein, schaffen sie aber nicht. Die Kritik an „Manipulation“ des Bewusstseins kann nicht erklären, warum es für sie anfällig ist. Die Manipulationsthese unterstellt stillschweigend eine mehr als fragwürdige Qualität, die das Bewusstsein bereits aufweist, bevor es Objekt der Manipulation wird. Manipulationstheoreme setzen insofern voraus, was sie erst erklären müssten.

Die zentrale Brisanz der Mystifikationen zu betonen ist keine Entdeckung einer „neuen Marx-Lektüre“. Prägnant hat Karel Kosik (1976) das „pseudokonkrete“ Bewusstseins vergegenwärtigt. Schon Rosental (1969) arbeitet die zentrale Rolle heraus, die die Analyse der Mystifikationen in Marx’ Schriften zum ‚Kapital‘ spielt. Ab 1972 gibt es Publikationen im VSA-Verlag zu einer Kapitalrezeption, die die Analyse der Bewusstseinsformen ernst nimmt. Ein wirkungsvoller Text zur

19 „Dieselbe ökonomische Basis – dieselbe den Hauptbedingungen nach – (kann) durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Rassenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen [...], die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind“ (MEW 25, 800).

Oberfläche der kapitalistischen Ökonomie stammt von der Marxistischen Gruppe Erlangen/Theoriefraktion (1973). Unter den vielen später an diesen Text anknüpfenden Darstellungen zur „Oberfläche“ verweise ich auf Sieferle 1979, 165-188. Meine Überlegungen zu den Mystifikationen finden sich in Creydt 2000, 123-262.

Zutreffend schreibt der Mannesmann-Betriebsrat Werner Imhof (1999) in Bezug auf viele Linke in der Gewerkschaft: „Die Linke hat nicht die Gewerkschaften rebellisch gemacht und auf ‚antikapitalistischen‘ Kurs gebracht, sondern die Gewerkschaften haben umgekehrt die Linke vergewerkschaftet und ‚verbetrieblicht‘ und ihr den – eh nur deklamatorischen – ‚Antikapitalismus‘ ausgetrieben.“ Die Nähe zu den irgendwie politisch Engagierten erreichen die SoZ- und A&K-Autoren um den Preis, ihnen gegenüber meistens keinen anderen Gesichtspunkt einbringen zu können, als dass sie konsequenter, anhaltender, einiger und mit mehr Beteiligten kämpfen sollen. Um das aber zu erreichen, müssten diejenigen, die sich von sich aus bereits in sozialen Kämpfen engagieren, die Grenzen ihres Bewusstseins wenigstens teilweise überschreiten. Dafür bräuchten sie aber Leute, mit denen sie einen guten Kontakt haben und die mit ihnen etwas anderes entwickeln können, als sie es aus sich selbst heraus vermögen. Mit „Belehrung“ hat das nichts zu tun, sondern mit Lernen von anderen. Das setzt aber voraus, dass die anderen so qualifiziert sind, dass man von ihnen lernen kann. „Erstens müssen diese Leute, um der proletarischen Bewegung zu nutzen, auch wirkliche Bildungselemente mitbringen. Dies ist aber bei der großen Mehrzahl der deutschen bürgerlichen Konvertiten nicht der Fall. [...] An wirklichem, tatsächlichem oder theoretischem Bildungsstoff ist da absoluter Mangel. [...] Statt die neue Wissenschaft vorerst selbst gründlich zu studieren, stutzte sich jeder sie vielmehr nach dem mitgebrachten Standpunkt zurecht [...] und trat gleich mit der Prätention auf, sie lehren zu wollen. [...] Solche Bildungselemente, deren erstes Prinzip ist, zu lehren, was sie nicht gelernt haben, kann die Partei gut entbehren“ (MEW 19, 164f.).

Die Ignoranz gegenüber der erforderlichen Qualifikation und der Anstrengung, die eigenen Auffassungen immer wieder auf die Frage durchzuarbeiten, inwieweit sie Mystifikationen aufsitzen

„Der (spontanen) Massenbewegung fehlen ‚Ideologen‘, die theoretisch so gut geschult sind, dass sie gegen alle Schwankungen gefeit sind“ und „einen so weiten politischen Gesichtskreis [...] besitzen, dass sie [...] eine kampffähige politische Partei aufbauen können“ (Lenin-Werke V, 323).

Die Macher und Autoren von A&K und SoZ missverstehen die „Kritik der politischen Ökonomie“ als linke Wirtschaftstheorie. Sie haben kein Organ für die aufeinander aufbauenden und einander gegenseitig verstärkenden Mystifikationen. Letztere werden in Marx' Schriften zum ‚Kapital‘ analysiert und in lesenswerten Analysen zum Recht und zur Demokratie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft weiter untersucht. Die Analyse der kapitalistischen Ökonomie bis zu ihrer „Oberfläche“ (vgl. letzter Abschnitt), die Erkenntnis des Ensembles der mystifizierten Formen des Nachdenkens über sie sowie die Analyse des Rechts, der repräsentativen Demokratie und des Staats in der bürgerlichen Gesellschaft – diese Analyse erscheint den allermeisten linken Organisationen nicht als nötige Voraussetzung ihres Tuns. Die triviale Erkenntnis, durch Denken allein werde die Wirklichkeit nicht verändert, führt im Praktizismus dazu, auf grundlegende Theoriearbeit und auf

die Qualifikation der Mitglieder einer Organisation zu verzichten. Die meisten Anhänger entsprechender Vereinigungen meinen ganz genau Bescheid zu wissen, was sie bekämpfen, aber sie begreifen nicht, um was es sich beim zu Bekämpfenden handelt.

Eine Beobachtung über die Linkspartei dürfte auch in Bezug auf viele radikale Linke zutreffen: „Auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei begegnet man immer wieder mal einem ‚anekdotischen‘ Marxismus, das heißt Marx wird zitiert, wenn man den Finanzmarktkapitalismus, Krisen oder Prekarisierung kritisieren will. Aber hinter dem Zitat steht selten eine fundierte Marx-Rezeption“ (Werner 2018).

Theorie gilt den allermeisten Linken gegenwärtig als dem eigenen Ermessen überlassene, aber nicht unbedingt erforderliche Zusatzveranstaltung. Die jeweilige Organisation oder Zeitung hat bestimmte Standpunkte, auf die sich die Beteiligten geeinigt haben. Theorie kommt dann erst nachträglich zum Einsatz. Eine Variante besteht darin, zu einzelnen Themen fallweise und anlassbezogen Theorien aufzuarbeiten. Der realen Totalität der Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie ist aber nur eine systematische Theorie gewachsen. Auf sie kommt man nicht, wenn man beliebig oder bedarfsweise punktuelle Tiefenbohrungen anstellt. Sie eröffnen nicht den Zugang zum Stellenwert einzelner Themen in einer gestuften Aufbauordnung. Eine andere Variante, in der in diesem Milieu Theorie ins Spiel kommt, besteht darin, dass Organisationen oder Redaktionen meinen, die eigenen Positionen anspruchsvollen Geistern in elaborierter Weise präsentieren zu müssen. Theorie wird hier aus dem Ehrgeiz bemüht, zu beweisen, dass man auch intellektuell etwas zu bieten hat und mithalten kann.

Für viele linke Organisationen und Zeitungen gibt es insofern keinen wirklichen Grund für theoretische Arbeit und wissenschaftliche Theorie, als sie das Problem nicht kennen, dass gesellschaftliche Phänomene unter Voraussetzung der kapitalistischen Ökonomie systematisch anders aussehen, als sie sind. Die in diesem Text beschriebenen Linken haben von diesem Problem in ihrer oberflächlichen Zurkenntnisnahme von kapitalismustheoretischen Versatzstücken vielleicht schon einmal gehört. Die Reichweite der Mystifikationen um Ware, Geld, Lohn, Kapital und Zins bleibt aber unbegriffen. Was irgendwie bekannt ist, muss keineswegs erkannt sein. Insofern entfällt für solche Linke auch der Grund für wissenschaftliche Theorie als Voraussetzung der eigenen Praxis.

Der Unterschied zwischen einem Bekenntnis zu politischen Standpunkten und dem notwendigen systematischen Wissen, auf das eine Organisation gründet, die realiter zur Überwindung der kapitalistischen Ökonomie und bürgerlichen Gesellschaft beitragen will, wird in Publikationen wie SoZ und A&K ignoriert. Damit aber nicht genug: Dort, wo etwas zu analysieren wäre, wartet man oder frau gern mit einem normativen Statement auf. Ein Beispiel: Die Autoindustrie ist eine zentrale Branche der deutschen Wirtschaft. Von ihr hängen viele Investitionen sowie Arbeitsplätze auch in Zuliefererbetrieben, in Reparaturwerkstätten oder im Handel ab. Zu dieser Feststellung schreibt Winfried Wolf in der SoZ 9/2009, genauso „systemrelevant“ seien aber auch die (ebenfalls zahlreich vorhandenen) Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland. Wolf vergleicht Äpfel und Birnen.

Gegen das Argument, in der Mehrwertproduktion ist die Autobranche faktisch systemrelevant, setzt Wolf einen Wunsch: Die Schulen mögen doch ebenso systemrelevant sein. Für die Frage, wie sich Forderungen realisieren lassen, erweist es sich als fatal, die eigenen Wünsche und die Analyse der Realität miteinander zu vermengen. In der modernen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie sind Schulen faktisch und notwendigerweise keineswegs genauso „systemrelevant“ wie mehrwertproduktive Industriebetriebe. Allein das Gelingen der Kapitalakkumulation ermöglicht hohe Steuereinnahmen des Staates. Schulen, insofern sie nicht Privatschulen sind, lassen sich allein aus dem staatlichen Budget finanzieren. Sie bilden also eine abhängige Variable des Florierens der kapitalistischen Wirtschaft und sind mit ihr keineswegs gleich „systemrelevant“. Das zeigt die Unterfinanzierung des Schulwesens (Lehrermangel, zu wenig Studienplätze für Lehrer an Hochschulen, marode Schulbauten). Wolf ist so fixiert auf seinen politischen *Wunsch*, Schule *solle* relevant sein für die Gesellschaft, dass er ihn unsachgemäß hineindrängt in die Analyse der bestehenden Verhältnisse. (Zur Kritik an Wolfs Vorstellungen von Verkehrspolitik vgl. Keller 2021, 204-208. In der SoZ und bei Wolf ist die Vorstellung beliebt, auch bei einer radikalen Verkehrswende müssten die Arbeitenden in der Autoindustrie keine Sorge um ihre Arbeitsplätze in der Autoindustrie haben, sondern könnten künftig alle Busse, Bahnen u. ä. produzieren bzw. zum Busfahrer umschulen. Zur Auseinandersetzung mit dieser Illusion vgl. Paulsen 2020.)

Allein ein systematisches Wissen ist zugleich ausreichend integriert und differenziert. Existiert es nicht, so koexistieren bei radikalen Linken zwei Phänomene. Auf der einen Seite stehen Vereinigungen, die möglichst alle irgendwie aktiven Linken vereinen möchten. Auf der anderen Seite stehen Produkte von Spaltungen, die an mehr oder weniger willkürlichen Trennlinien und Pseudogegensätzen entstanden sind. Es gibt Organisationen mit vagem Konsens oder ebensolche Strömungen um eine Zeitung. Diese Sammelbecken vereinen so verschiedene Auffassungen, dass sie ihren Adressaten nichts Bestimmtes zu sagen vermögen. Linke Organisationen ähneln häufig einer auf ein paar Themen bezogene Aktionseinheit von Aktivisten. Hier herrscht das Gegenteil der Maxime „Erst Klarheit, dann Einheit.“ Entsprechende Vereinigungen verlangen den in ihnen Aktiven nicht viel ab an geistiger Durchdringung der Verhältnisse, die sie bekämpfen wollen. Periodisch regt sich in solchen Sammelbecken bei einzelnen Beteiligten Widerwillen gegen die Pluralität der Positionen in der gemeinsamen Organisation, die dafür sorgt, dass zentrale Fragen nicht ausdiskutiert werden können. Aus diesem Unbehagen entsteht dann und wann eine neue Gruppe mit Klarheit über allerdings meist nur wenige Erkenntnisse und Prinzipien sowie mit Standpunkten, auf denen sie stehen bleibt. Vom breiteren Bündnis spaltet sich diese Gruppe ab. Ihre Mitglieder sind irgendwann unfroh über ihre eigene enge Existenz und streben nach einer neuen Blockbildung. Damit beginnt der Kreislauf von neuem.

Für die Sammlungsvereinigungen ist eines charakteristisch: Sie haben kein systematisches Wissen über die Gesellschaft, sondern definieren sich dadurch, dass sie sich vage von anderen politischen Strömungen abgrenzen. Sie wissen eher, welche politische Linie sie ablehnen, als dass sie selbst ein qualifiziertes Angebot besitzen, das seinem Gegenstand gewachsen ist. Die Geschichte der französischen NPA ist dafür ein markantes Beispiel. Die unfundierte Blockbildung, die für sie charakteristisch war, sorgte dafür, dass es auf der Grundlage mangelnder systematischer Qualifikation dauernd zu Streitereien über das taktische Verhalten bei Parlamentswahlen kam. (Das

war ein Lieblingsthema dieser Trotzlisten, obwohl Parlamentswahlen „viel Energien verschlingen und eher einen Austausch von Legitimationen als einen politischen Produktionsprozess“ darstellen (Negt 1980, 156.) Dadurch schmolz die NPA von ursprünglich ca. 9.000 Mitglieder 2009 auf ca. 1000 und endete im Dezember 2022 im Fiasko der Spaltung auch noch dieses mageren Restes. Auf niedrigerer Stufenleiter wird sich ähnliches an der deutschen „Interventionistischen Linken“ beobachten lassen.

Linke sehen sich damit konfrontiert, dass ihre Adressaten Tag für Tag mit dem täuschenden Schein und bürgerlichen Ideologemen konfrontiert sind. Unter diesen Bedingungen fällt es schwer, im Nachdenken über die Gesellschaft nicht immer wieder in entsprechende Wendungen, Gedanken und Schlussfolgerungen zu verfallen. Manche Linke meinen, dieser Problematik recht einfach entgegen zu können. Sie schlagen ein paar Pflöcke ein und hängen an ihnen ihre Fähnchen auf. Auf ihnen stehen dann z. B. Slogans wie: „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ (war lange Zeit das Motto der SoZ) oder „Wald statt Asphalt“ (SoZ 10/2020, S. 11). Ähnliche Parolen sind: „für Umverteilung von oben nach unten“²⁰, „offene Grenzen!“ und „je suis Sozialstaat“. Flach wurzelnde Bäume kippen leicht um, wenn es starken Wind gibt. Der allergrößte Teil der durch einfache Parolen schnell Anpolitisierten geht schnell zu folgenden Aussagen über: „Das sind ja schöne und edle Absichten, aber die Gesellschaft ist komplizierter. Du erreichst mit diesen Forderungen nichts, Du musst realpolitisch werden. Eine Alternative zur gewiss zumutungsreichen Marktwirtschaft – wie soll die aussehen?“

Bei der Lektüre von A&K und SoZ drängt sich die Erinnerung an einen Satz von Mark Twain auf: „Als sie das Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten sie ihre Anstrengungen.“ Das in diesen Zeitungen veranstaltete Spektakel an allen möglichen Themen („Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen und geht zufrieden aus dem Haus“) verdeckt die tatsächliche inhaltliche Armut an wirklichen Erklärungen und Argumentationen. Die Redakteure und Autoren kommen aus einem Milieu, in dem es als unnötiger Luxus erscheint, sich das Wissen über die kapitalistische Ökonomie und über die mit ihr verbundenen Mystifikationen sowie über Staat und Recht in der modernen bürgerlichen Gesellschaft anzueignen und es vor allem immer wieder gründlich durchzuarbeiten.

In Bezug auf die Natur ist etlichen Zeitgenossen inzwischen bekannt, dass viele Phänomene eine unzutreffende Erklärung nahelegen (z. B. „die Sonne dreht sich um die Erde“). In Bezug auf die Gesellschaft verlassen sich viele auf ihren Alltagsverstand. Das gilt auch für die meisten Linken.

²⁰ Zur Kritik am *Umverteilungsdenken* vgl. Imhof 2006. Die unterstützenswerte Kritik am Ausschluss der Armen vom höheren Lebensstandard in der bürgerlichen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie geht häufig problematischerweise damit einher, den Konsum und die Lebensweise der höheren Mittelschicht zum positiven Maßstab zu erheben. Es entsteht der Eindruck, als ob „die Middle-class-Herrschaft das Ende der Weltgeschichte ist – allerdings ein angenehmer Gedanke für die Parvenus von vorgestern“ (Marx 1974, 545). Heute ist angesichts dessen eher das ökologische Gegenargument präsent als die Kritik an der Qualität der Lebensweise der materiell besser Gestellten. Deren qualitative *Grenzen* fallen nicht mit den quantitativen *Schranken* der konsumtiven Nachfrage zusammen.

Sie machen wie ihre nicht-linken Mitbürger einen Unterschied zwischen der Erkenntnis der Natur und der Erkenntnis der Gesellschaft. Jeder Student der Naturwissenschaft absolviert, ob er will oder nicht, einen Bruch mit den alltäglichen vorwissenschaftlichen Denkgewohnheiten und Vorstellungen, um die Objekte zu begreifen, die sein jeweiliges naturwissenschaftliches Fach untersucht. In Bezug auf die Naturwissenschaft ist Laien und Experten der Gegensatz zwischen dem Alltagsbewusstsein und der Wissenschaft bewusst: „Wissenschaftliche Wahrheit ist immer paradox vom Standpunkt der alltäglichen Erfahrung, die nur den täuschenden Schein der Dinge wahrnimmt“ (MEW 16, 129). „Alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge zusammenfielen“ (MEW 25, 825).

In Bezug auf die Gesellschaft haben die allermeisten Mitbürger ihre alltäglichen Auffassungen und Vorstellungen. Sie bewegen sich in diesen Gedanken, ohne der Meinung zu sein, es bedürfe einer ihrem Alltagsverstand grundlegend widersprechenden Wissenschaft über die Gesellschaft. Diese Meinung teilen zwar nicht explizit, aber de facto auch die meisten Studenten gesellschaftswissenschaftlicher Fächer (Soziologie, Politologie). Sie suchen sich meist zu ihren, dem Studium vorgängigen Standpunkten und Einstellungen die entsprechenden Theorien. Das, was man schon immer meinte zu wissen, kleiden Frau und Mann dann in wissenschaftliche Terminologie.

Die allermeisten Linken stellen sich die kapitalistische Ökonomie als ein Objekt vor, das neben anderen Objekten steht: der Natur, der Technik, dem Geschlechterverhältnis usw. Auf der Objekt-Ebene gelten allerlei Bindestrich-Theorien (Kapitalismus und x, ... und y, ... und z) als „spannend“. Manche reden allerdings von der Herrschaft der kapitalistischen Ökonomie. Der Vorbehalt, dass die Bereiche darin nicht aufgehen, wird gewöhnlich an einer Stelle geltend gemacht, wo er nicht hingehört. Der Einwand gegen einen geistigen Reduktionismus führt faktisch häufig dazu, nicht so gründlich wie nötig darüber nachzudenken, inwieweit die Herrschaft der kapitalistischen Ökonomie die anderen Objekte des Denkens (Natur, Technik, Geschlechterverhältnis) als Bereiche einer – eben kapitalistisch bestimmten – Totalität ein- und unterordnet, realiter über- und durchgreift. Kapitalismuskritik bleibt für die große Mehrheit linker Zeitgenossen eine Wirtschaftstheorie. Ihr stellen sie Theorien über andere Bereiche (Technik, Natur, Geschlechterverhältnis u. a.) zur Seite.

Von der Objekt-Ebene kommen wir nun zur Subjekt-Ebene: In der Gesellschaft, in der die kapitalistische Ökonomie herrscht, bewegen sich die Individuen in „objektiven Gedankenformen“ (MEW 23, 90). In diesem Begriff „steckt die These, dass die bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse, in die wir hineingeboren wurden, unser Denken bestimmen, sozusagen immer eine Dimension ‚hinter‘ unseren Versuchen, uns darüber klar zu werden, stehen. Wenn das so ist, sind unsere Erkenntnisversuche zunächst in einen objektiven Zirkel eingeschlossen. Immer wenn ich versuche, mir darüber klar zu werden, versuche ich es bereits in einer Form, die durch das bestimmt ist, worüber ich mir klar werden sollte“ (Haug 1976, 42).

Die allermeisten Linken fragen nicht, inwieweit ihr eigenes Denken durch die kapitalistische Ökonomie und ihre Mystifikationen auf eine Weise geformt ist, die das Begreifen gesellschaftlicher Phänomene systematisch auf falsche Bahnen setzt. Die weit überwiegende Mehrzahl der Linken hat sich keine Rechenschaft davon abgeleitet, dass das von ihnen subjektiv beabsichtigte Begreifen

des kapitalistischen Gesellschaftssystems einschließt, die eigenen Denkweisen und -formen radikal infragezustellen. Die Selbstkritik, in ihrem Alltagsbewusstsein gerade nicht das begreifen zu können, was diejenigen begreifen müssen, die die kapitalistische bestimmte Gesellschaft überwinden wollen, haben die allermeisten Linken nicht ernst genommen. Davon, sich Rechenschaft abzulegen von der notwendigen Anstrengung, die nicht ohne Grund „phantasmagorisch“ und „fetischistisch“, „verdreht“ und „verrückt“ genannten Denkweisen zu überwinden, ist die überwiegende Mehrzahl der Linken weit entfernt.

Den Schmerz darüber, noch im eigenen Versuch linker Wissensaneignung sich immer wieder in das zu überwindende Bewusstsein zu verwickeln, wird von den Personen verdrängt, die – von sich selbst eingenommen – für sich ein weit höheres oder tieferes Bewusstsein beanspruchen, als sie es faktisch haben. Ein wirkliches Bedürfnis nach einer die kapitalistischen Mystifikationen durchdringenden Erkenntnisarbeit entsteht bei denjenigen nicht, die kein radikales Ungenügen an ihrem alltäglichen Meinen und Rasonieren empfinden. Viele sind vielmehr mit dem Denken, das sie ihres nennen, bereits deshalb zufrieden, weil sie meinen, es handele sich um eine Art von Besitz bzw. Leistung, auf den sein Eigner bzw. Subjekt stolz sein könne.²¹ Umgekehrt proportional zu diesem Stolz auf die eigene Hirnweberei ist die Kenntnis oder gar Erkenntnis, dass die Betroffenen sich faktisch in objektiven Gedankenformen bewegen, die realiter unabhängig von ihnen sind und vor ihrer eigenen Denktätigkeit existieren.

Manchen Bürger ist bewusst: Ihre schlimmsten neurotischen Gewohnheiten können sie sich nur durch eine Therapie abgewöhnen, wenn überhaupt. Die meisten Linken verspüren keinen ähnlichen Handlungsbedarf gegen die Mystifikationen in ihrem Bewusstsein. Aber nur eine solche Bildungsarbeit, die sich nicht allein auf die Anhänger und Adressaten, sondern vor allem zunächst auf diejenigen bezieht, die die Zeitungen machen und die Artikel schreiben, würde „die ungeheure Marxsche Arbeit der Kritik und ‚Verarbeitung‘ lebendig erhalten“, so dass die Ergebnisse nicht zu „toten Evidenzen, wie Maschinen ohne Arbeiter“ werden (Althusser 1977, 76f.).

Junge Leute sagen sich bisweilen mit altersentsprechenden Radikalauern von bürgerlichen Ideologen los. Sie verabschieden die Ideologien dann meist nur per subjektiver Deklamation. Damit werden sie die Ideologen keineswegs los, sondern reproduzieren sie oft nur in anderer Gestalt. Viele Linke haben schnell ihren Standpunkt gefunden, auf dem sie stehenbleiben. Das reicht ihnen völlig aus, um rasch „aktiv“ werden und „irgendetwas“ „tun“ zu können gegen „das System“. Viele derart Anpolitisierte haben später nur diejenige Literatur zur Kenntnis genommen, die ihre Standpunkte bestätigt, modifiziert und ausbaut. Die meisten linken Organisationen halten eine gründliche Ausbildung ihrer Mitglieder für überflüssig. Schnell Angelernte treten an die Stelle von gründlich Qualifizierten. Die Folgen bleiben nicht aus: Die Mitglieder solcher Vereine und selbst die Redaktionen ihrer Zeitungen „begeben sich gar nicht in die Dinge selbst, in die Fragen selbst

21 Dieses Vorgehen verwandelt „das grammatische Possessivpronomen in einen wirklichen Besitztitel“ (Anders 2001, 93). Es gleicht „dem Dienstmädchen, dass meine Herrschaft sagt und daraufhin glaubt, die Herrschaft zu besitzen“ (Ebd., 133).

hinein, sondern glauben darum über ihnen zu sein, weil sie nicht in ihnen sind“ (Adorno 1973, 119f.).²²

Freud hat von seiner Auffassung über das psychische Unbewusste behauptet, sie stelle eine narzisstische Kränkung für die Menschheit dar. Die Individuen könnten sich nicht länger als Herrn im eigenen Haus ihrer Subjektivität bzw. Innenwelt verstehen. Marx' Analyse der Mystifikationen der kapitalistischen Ökonomie stellt denjenigen Verstand infrage, der sich ohne systematische Kritik der sich ihm aufdrängenden Denkweisen zutraut, gesellschaftliche Phänomene zu begreifen. Es existiert nicht nur ein psychisches Unbewusstes. Ein seiner Verkehrungen unbewusstes Bewusstsein ist weit verbreitet. Das bildet für solche radikalen Linken, die sich in Organisationen versammeln oder Zeitungen machen, aber meist keinen Anlass, zuerst einmal ihre eigenen Auffassungen gründlich zu prüfen.

Von einer kritischen Aufmerksamkeit dafür, inwieweit die eigenen Vorstellungen von Freiheit und Demokratie, Gleichheit und Gerechtigkeit Ideologeme des mystifizierten Bewusstseins teilen, ist in SoZ und A&K nicht viel zu merken.²³ (Die Verwirrung in der SoZ in Bezug auf die Einschätzung der Querdenker-Proteste ist eine direkte Folge der Konfusion über den Begriff von Freiheit.)

Ähnliches gilt für die Ausbreitung postmoderner Vorstellungen von Differenz, Pluralität und Alterität. Terry Eagletons Analyse und Kritik dazu, wie sich die Mystifikationen des bürgerlichen Denkens in den zentralen Idealen, in den Wunschgegnern und den Hintergrundüberzeugungen des postmodernen Denkens finden, ist an SoZ und A&K nicht nur spurlos vorbeigegangen. (Zur Präsentation dieser Analyse und Kritik vgl. Creydt 2021c.) Besonders in A&K finden sich häufig Texte, die von postmodernen Ideologemen geprägt sind.

Die beiden Zeitungen reproduzieren die Mystifikationen häufig in ihren Reden über den Kapitalismus als Veranstaltung für den Konsum „der Reichen“, in ihren Reden über das Finanzkapital, über Umverteilung von unten nach oben, über die direkte Macht „der Reichen“ über den Staat und die Politik. Gleiches gilt für die Idealisierung der Staatspolitik und des Sozialstaats in der Kritik am „Neoliberalismus“ (vgl. dazu Creydt 2017). SoZ und A&K argumentieren nicht ausgehend von einer systematischen Analyse und Kritik der Mystifikationen bezüglich Ökonomie, Recht, Staat und Politik. Der Kapitalismus wird vorgestellt als das Wirken mächtiger Strippenzieher und nicht als stummer Zwang der Verhältnisse oder „Theater ohne Autor“ (Althusser, Balibar 1972, 260f.) bzw. „Orchestrierung ohne Dirigent“ (Bourdieu 1998, 29).

²² Das komplementäre Gegenstück bildet „ein materielles Denken [...], das in den Stoff nur versenkt ist“ und ein Bewusstsein charakterisiert, das sich an seine Themen verliert und „welchem es daher sauer ankommt, aus der Materie zugleich sein Selbst rein herauszuheben und bei sich zu sein“ (Hegel 3, 56).

²³ Zur Frage, welche Verkehrungen bzw. Mystifikationen innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stecken, vgl. Krölls, 2013, Creydt 2007/2008. Zur gleichen Frage in Bezug auf die „Gerechtigkeit“ vgl. Creydt 2020a.

Anscheinend folgen die Redaktionen von SoZ und A&K der Parole „viel hilft viel“ und nicht dem Motto „Lieber weniger, aber besser“. Die Motive dafür resultieren aus einer kritikwürdigen Mentalität. Linkspopulistische Fehler sowie mangelnde Analyse- und Theoriearbeit paaren sich mit der Überzeugung, der gute Wille und die Positionierung auf der richtigen Seite (*irgendwie* gegen „die Reichen, Herrschenden“ usw.) seien ausreichend. Genauerer Aufschluss über die gesellschaftliche Realität gilt dann als nachrangig. Hauptsache: „Wir feuern gegen den Feind“ – und wenn es auch mit der Schrotflinte ist. Irgendetwas werde schon treffen. Frau und man leiste ja schon quantitativ so viel Aufwand und sei so fleißig im Schreiben der Artikel sowie im Gestalten der Zeitung. Da müsse doch jede(r) einsehen, dass inhaltlich keine „übertriebenen“ Ansprüche angebracht seien. Viele Artikel in A&K und SoZ verbreiten linke Klischees.²⁴

Für viele Texte in diesen Zeitungen trifft das zu, was Paul Michel in seiner Auseinandersetzung mit Ulrike Herrmann feststellt: „Ihre Aussagen zum Kapitalismus bewegen sich zwischen beliebig und oberflächlich. Strukturfragen werden nicht oder falsch gestellt bzw. falsch beantwortet. Durchgängiges Merkmal [...] ist, den Dingen nicht auf den Grund zu gehen“ (Paul Michel: Gut, schlecht und so la la. Wie ist der Erfolg von U. Herrmanns Buch ‚Das Ende des Kapitalismus‘ zu erklären? In: A&K, Nr. 690, 2023, S. 33).

Die Sorge, schlicht falsches Zeug unter die Leute zu bringen, haben diejenigen nicht, die nicht mehr beanspruchen als ein paar vermeintlich evidente Standpunkte, auf denen sie meinen sich selbstgenügsam einrichten zu können. Solche Kommentatoren begleiten alle Kämpfe in der Welt mit *ihren* Vorstellungen und Idealen.

Das Paralleluniversum dieser Zeitungen lebt von Dramatisierungen (vgl. z. B. den Artikel von Klas in der SoZ 7/2021, s. o.) und von moralisierender Aufregung. Die eine Empörung schlägt dann die andere tot. Es handelt sich um eine „Kritik, welche die Gegenwart zu be- und verurteilen, aber nicht zu begreifen weiß“ (MEW 23, 528). Hinzu kommen verstiegene Debatten (z. B. über „Volksbewaffnung“ in SoZ 4,5,6/2022).

Aktivistische Linke loben gern die Unkompliziertheit der Sprache. Für viele Artikel in A&K und SoZ gilt jedoch: „Versucht man die Texte zu verstehen, so stößt man Satz für Satz auf immanente Widersprüche, Tautologien und Scheinbeweise, die nur die eigenen Voraussetzungen reproduzieren. Für uns sind solche Theorien, die sich selbst als einfach [...] ausgeben, kompliziert. Der Mangel an Differenziertheit macht eine Sprache zwar schlicht im Sinne von wortarm, bürgt aber nicht unbedingt für ein besseres Verständnis des zu vermittelnden Inhalts. [...] Das Verstehen von Zusammenhängen“ setzt „genaueste begriffliche Differenzierung voraus“ (Redaktion Schwarze Protokolle 1973, 6).

²⁴ Als erste Hilfe gegen diese Klischees eignen sich die in Creydt 2020b dokumentierten prägnanten Bemerkungen von Franz Schandl. Sie betreffen: den Antifaschismus, den sozialen Ausschluss und die Klage über ihn, die bösen Börsen-Buben, die bürgerliche Leitwerte, die Freiheit, die Gerechtigkeit, das Vorgehen, Ideale gegen die Wirklichkeit auszuspielen, den Kampf gegen Verschlechterungen, die Klage über gebrochene Politiker-Versprechen u. a.

Ein Denken, das im Horizont von verdinglichten „Faktoren“, erwartbaren Abläufen und äußerlichen Verknüpfungen verbleibt

Die Artikel in Zeitungen wie A&K und SoZ bleiben im Horizont des Wenn-dann-Wissens sowie seines „Gegenstands“ – politischer und ökonomischer Geschehensabläufe – befangen. Die grundlegende Denkform lautet: Wenn x passiert, tritt y ein. Oder umgekehrt. Gewinnt der eine Faktor an Gewicht, so verliert es der andere. Oder beide steigern einander gegenseitig. Oder sie beeinflussen einander nicht. Die Immanenz der Oberfläche wird im Bescheidwissen um solche Relationen nicht verlassen. Die „Faktoren“ werden in ihrer verdinglichten Gestalt vorausgesetzt.

Als „links“ gilt dann eine Weise der Besprechung, die die Faktoren anders miteinander verknüpft, als dies FAZ und ‚Bild‘ tun, aber weder die Hypostasierungen zu Faktoren selbst in ihrer Konstitution begreift noch die Denkmuster von „Bedingung“, direkter Ursache-Wirkung u. ä. verlässt. (Ich verschiebe die Erläuterung zu diesem zweiten Moment in die Anmerkung.²⁵)

25 Die Herangehensweise, Faktoren im Horizont von Konzepten wie „Bedingung“, „Grund-Folge“, „Ursache-Wirkung“ zu verknüpfen, entspricht der Denkstufe, die Hegel „Wesenslogik“ nennt. Hegel entwickelt in diesem Teil seiner „Logik“ eine Kritik, die die Leistungen und Grenzen dieser Kategorien zeigt. Die Darstellung in der sog. „kleinen Logik“ im ersten Band von Hegels „Enzyklopädie“ ist allgemeinverständlich. Hegel zeigt die Probleme eines naiven Denkens auf, das in der Figur von Grund und Folge ein abstraktes Wesen im Phänomen nur wiederentdeckt bzw. das Phänomen darauf reduziert, ein Doppelgänger des Wesens zu sein. Die Aussage wiederholt das zu erklärende Phänomen in seiner vermeintlichen Erklärung (vgl. a. Hegel 8, § 121-123). „Man sieht so z.B. eine elektrische Erscheinung und fragt nach dem Grund derselben; erhalten wir darauf zur Antwort, die Elektrizität sei der Grund dieser Erscheinung, so ist dieses derselbe Inhalt, den wir unmittelbar vor uns hatten, nur in die Form eines Innerlichen übersetzt“ (Hegel 8, 249f.). In § 136 behandelt Hegel eine andere Variante dieses Fehlers – am Verhältnis von der „Kraft“ und ihrer „Äußerung“. Die §§ 146 und 148 bzw. § 156 thematisieren die Grenzen eines Denkens, das im Rahmen der Kategorie der „Bedingung“ bzw. der „Wechselwirkung“ verbleibt. In Ermangelung anderer kurzer populärer Darstellungen weise ich notbehelfsmäßig auf einen wenige Seiten umfassenden Text hin, der eine Idee davon vermittelt, wie mit der Kritik an diesen Denkfiguren zugleich zentrale Weisen des Nachdenkens über Gesellschaft infrage stehen (vgl. Gegenstandspunkt 2005, Abschnitt 5 und 6).

Diese Denkfiguren erreichen nicht das Denkniveau der höheren Denkstufe der „Begriffslogik“, das erforderlich ist, um etwas zu begreifen, das „nur ist, indem es sich stets hervorbringt“ (Hegel 8, 387). Es weist eine Selbstbezüglichkeit und „eine Rückkehr in sich selbst“ (Hegel 7, 74) auf. Die Vermittlung mit sich selbst funktioniert im System, indem es das ihm gegenüber Andere (bspw. die für es relevante Natur) kleinarbeitet bzw. mit ihm in einen für das System förderlichen Stoffwechsel eintritt. Dies geschieht, ohne das Andere aufzuheben, also den Unterschied zwischen dem System und dem ihm gegenüber Anderen zu tilgen. In unserem Kontext geht es um die Aufrechterhaltung der herrschenden Formen und Strukturen, um die Selbstgliederung und Selbstregulation einer Gesellschaftsformation sowie um ihre Reproduktion. Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Analyse des Systems der Gesellschaftsformation ist nicht mit Systemtheorie und schon gar nicht mit Luhmanns Version zu verwechseln. (Zur Auseinandersetzung mit letzterer vgl. Creydt 2000, 84-111). Das System ist kein Supersubjekt, das von sich aus handelt, sondern vielmehr der abkürzende Begriff für das Gelingen von Prozessen oder Kreisläufen der erweiterten Selbstreproduktion, deren Ineinandergreifen durch das Gefüge der gesellschaftlichen Strukturen ermöglicht und befördert wird.

Nicht gefragt wird, wie es überhaupt dazu kommt, dass eine für das zu erklärende Phänomen zentrale Variable im Verein mit anderen als ebenfalls selbständig und autonom geltenden Variablen erscheint. Das Faktorendenken ist durch eine zutrauliche Harmlosigkeit charakterisiert, die ungetrübt bleibt von einer bestimmten Infragestellung. Sie entsteht erst denjenigen, die bemerken, dass die Plausibilität, die sie ihrem Denken ganz selbstverständlich zuschreiben, scheinhaft ist. Scheinhafte ist die Auffassung, etwas sei selbständig und unmittelbar, also aus sich zu begreifen, obwohl es allein als Moment einer selbst nicht dem Augenschein zugänglichen konstitutiven Struktur oder Totalität existiert.

Der Unterschied (ums Ganze) zwischen einer nationalökonomischen Erklärung (egal, ob sie „normal“ oder „links“ bzw. „alternativ“ daher kommt) und einer Erklärung im Rahmen der „Kritik der politischen Ökonomie“ ist für Leute kein Thema, die in ihren Kommentaren zu allen möglichen Themen äußere Zusammenhänge zwischen „Faktoren“ aufbieten. Die bürgerlichen Ökonomen interessieren sich bspw. dafür, „warum der Marktpreis einer Ware über ihren Wert steigt oder unter ihn fällt, aber sie können nie über diesen Wert selbst Aufschluss geben“ (MEW 16, 119).²⁶

Machen wir den Unterschied noch in einem zweiten Anlauf an einem anderen „Gebiet“ deutlich. Die einen „erklären“ das Verhalten und Erleben des Individuum durch allerhand Umstände und Bedingungen. Die anderen begreifen, dass „das Substrat der Psychologie, das Individuum [...] die heute überholte Form der Vergesellschaftung reflektiert“ (Adorno 1979, 55). „Woraus es sich zusammensetzt, was in ihm aufeinanderprallt, seine ‚Eigenschaften‘, sind allemal zugleich Momente der gesellschaftlichen Totalität. [...] Die Gesellschaft hat ihm die Vereinzelung aufgeprägt, und diese hat als ein gesellschaftliches Verhältnis teil an seinem Schicksal“ (Ebd.). Manche reden „unablässig über den Einfluss der Gesellschaft aufs Individuum“, aber „vergessen, dass nicht nur das Individuum, sondern schon die Kategorie der Individualität ein Produkt der Gesellschaft ist. Anstatt erst das Individuum aus den gesellschaftlichen Prozessen herauszuschneiden, um dann deren formenden Einfluss zu beschreiben“, geht es darum, „in den innersten Mechanismen des Einzelnen bestimmende gesellschaftliche Kräfte aufzudecken“ (Ebd., 27).

Die Artikel von A&K sowie SoZ bewegen sich in ihrer großen Mehrheit in einem Horizont, der ungetrübt ist vom Wissen um einen grundlegenden Unterschied: „Es ist in der Tat viel leichter, durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt, aus dem jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln“ (MEW 23, 393).

²⁶ „Die Nationalökonomie geht vom Faktum des Privateigentums aus. Sie erklärt uns dasselbe nicht. Sie fasst den materiellen Prozess des Privateigentums, den es in Wirklichkeit durchmacht, in allgemeine abstrakte Formeln, die ihr dann als Gesetze gelten. Sei begreift diese Gesetze nicht. [...] Wenn sie z.B. das Verhältnis des Arbeitslohns zum Profit des Kapitals bestimmt, so gilt ihr als letzter Grund das Interesse des Kapitalisten; d.h. sie unterstellt, was sie entwickeln soll. Ebenso kommt überall die Konkurrenz hinein. Sie wird aus äußeren Umständen erklärt. Inwiefern diese äußeren scheinbar zufälligen Umstände nur der Ausdruck einer notwendigen Entwicklung sind, darüber lehrt uns die Nationalökonomie nichts“ (MEW-Erg.bd.1, 510).

Das Faktorendenken besteht darin, „von dem einen zum andern zu gehen, ohne aber ihre [...] durchdringende Einheit zustande zu bringen“ (Hegel 16, 197). Mit dem Faktorendenken lässt sich die systemische Logik oder die Eigengesetzlichkeit von zentralen Strukturen der Gesellschaft nicht begreifen.²⁷ Das „Ganze“ – hier: das Ganze der Gesellschaftsformation – ist anders inhaltlich bestimmt als ihre Bereiche. Die Auffassung von Gesellschaft als Kombination von Komponenten ist der gesellschaftlichen Emergenz nicht gewachsen, die die besonderen Momente und Bereiche der Gesellschaft übergreift und sich unterordnet. Bspw. wandelt sich mit der bürgerlichen Gesellschaft (relative Autonomie des Politischen und dessen Konzentration im Unterschied zur feudalen Zersplitterung) das, was in ihr als Politik gilt, ums Ganze im Vergleich zu einer feudalen Gesellschaft. Ein gegenüber dem Faktorendenken überlegenes Konzept einer gegliederten Einheit findet sich z. B. in den Begriffen der Produktionsweise und Gesellschaftsformation.

Die hier kritisierte Denkweise desaggregiert eine solche übergreifende Einheit in Faktoren und Komponenten. Sie lassen sich kreativ miteinander kombinieren. Aus der erst eigens zu begreifenden Aufbauordnung der Gesellschaft werden Momente herausgebrochen und quer zu den Ebenen dieser Aufbauordnung mit anderen Momenten verbunden. Egal, ob das eine Moment der Grund für das andere oder die Bedingung, eine Funktion usw. sein soll; gleich wie die Momente isoliert und rekombiniert werden, die Methode dieses Denkens in Faktoren und Komponenten emanzipiert aufs Luftigste von ihrem wirklichen Zusammenhang in der herrschenden gesellschaftlichen Aufbauordnung. „Rohheit und Begriffslosigkeit liegt eben darin, das organisch Zusammengehörige zufällig aufeinander zu beziehen, in einen bloßen Reflexionszusammenhang zu bringen“ (Marx 1974, 91). „Organisch“ wird hier im Sinne der Analyse einer Einheit verwendet, die ihre Momente inhaltlich bestimmt aufeinander bezieht, sie übergreift und sich zu reproduzieren vermag. Nicht gemeint ist ein Konzept, das gesellschaftliche Phänomene als Organismen versteht. Gemeint ist eine Erklärung, die die bestimmte Stelle und den spezifischen Platz von etwas Besonderem im gesellschaftlichen Gefüge zu bestimmen vermag. Die Verhältnisse zwischen diesen Momenten sind nur über die konkrete Totalität, in der sie funktionieren, zu begreifen.

Der Begriff Konstitution enthält die „Verfassung“, in dem etwas ist, und das, was etwas erst zu dem werden lässt, was es ist, also für es insofern „konstitutiv“ ist. Bei der Konstitutionsanalyse handelt es sich darum, Sachverhalte nicht als vorgegeben oder als Letztursache der Erklärung zu akzeptieren. Es geht darum, Sachverhalte „genetisch zu entwickeln“ (MEW 26.3, 491), und das heißt, sie nicht als gegebenes Faktum in der Erklärung vorauszusetzen, sondern zu fragen, „wie diese Tatsache entsteht“ (MEW 26.2, 408). Damit ist nicht Geschichtsschreibung gefragt, sondern zum Thema wird, was eine als selbstverständlich erscheinende gesellschaftliche Struktur (wie z. B.

²⁷ Ich verwende den Systembegriff unter Ausklammerung der notwendigen Vorbehalte gegen manche problematischen Varianten dieses Begriffs. Zur Auseinandersetzung mit ihnen vgl. Creydt 2015, 76-83.

die Marktwirtschaft) allererst gesellschaftlich möglich und wirklich macht.²⁸ Es geht um die Verfassung, in der etwas ist, und darum, wie etwas aufgebaut ist und wie es dazu kommt, dass in seiner Erscheinung das für es Konstitutive nicht aufscheint.

Das in der linken vulgärökonomischen und linkspolitologischen Denkweise vorherrschende Faktorendenken belässt es beim „äußerlichen Zusammenbringen äußerlich gegeneinander Vorhandener“ (Hegel 6, 100) im Unterschied zur Erklärung des in sich und aus sich selbst heraus gegliederten Gefüges, in dem die unterschiedlichen Momente der Gesellschaftsformation erst Momente sein und wirken können. Das Faktorendenken nimmt die „Faktoren“ unmittelbar auf, macht sie zu selbständigen Wesen, schreibt ihnen quer zur realen gesellschaftlichen Aufbauordnung oder Gliederung der Realität gleichen Rang zu und fragt, wie der eine Faktor den anderen verursacht, verstärkt oder schwächt. Den Glanz und das Elend dieses Vorgehens fasst Kracauer in seiner Auseinandersetzung mit Georg Simmel treffend zusammen: „Von jedem Punkt der Totalität aus kann man zu jedem anderen Punkt gelangen, ein Phänomen trägt und stützt das andere [...]. Leicht [...] bewegt sich sein Geist hinüber und herüber durch diese mannigfachen Sphären und überall blitzen Verwandtschaften und Ähnlichkeiten“ (Kracauer 1977, 239). Welcher Faktor mit welchem anderen Faktor in Relation gesetzt wird, ist im Horizont dieses Denkweise relativ willkürlich. Entsprechend avancieren in der linken Abteilung eines solchen Denkens Rassismus, Sexismus, Kolonialismus, „imperiale Lebensweise“²⁹, Produktivismus, Szientismus, „Naturbeherrschung“ und Kapitalismus zu gleichrangigen Faktoren. Ein vortreffliches Beispiel für dieses Denken ist Frank Adlers Postwachstum-“Wegweiser“ (2022), der in A&K auch prompt lobend vorgestellt wurde.

Bildungsarbeit und Gegenmilieu

Eine Organisation, die den Stellenwert der geistigen Durchdringung dessen, wogegen sie kämpft, ernst nimmt, begreift: Notwendig ist eine kontinuierliche Kritik und Selbstkritik des eigenen Bewusstseins, insoweit es in den geläufigen bürgerlichen Denkweisen und -formen befangen bleibt. Vorausgesetzt ist etwas, das bei linken Organisationen heute nicht nur fehlt, sondern als unnötig erachtet wird: Eine systematische Theorie über die Totalität der modernen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie.

Erforderlich ist es, auf dieser Grundlage immer wieder in kontinuierlicher Bildungsarbeit mit den Mitgliedern und Sympathisanten der Organisation an konkreten Beispielen die Verkehrungen und

²⁸ Die für die Konstitutionsanalyse relevante „genetisch-kritische“ Herangehensweise (Feuerbach 1846, 194) lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen: „Wenn [...] die sich selbst voraussetzende, im Anfang eigentlich schon mit sich fertige Philosophie ihr wesentliches Interesse in die Beantwortung der Frage setzt: Wie kommt Ich zur Annahme einer Welt, eines Objektes?“, so ist vielmehr „die entgegengesetzte, weit interessantere und fruchtbringendere Frage“ zu stellen: „Wie kommen wir zur Annahme eines Ich, das also fragt und fragen kann?“ (Ebd., 210).

²⁹ Die Auffassung von der „imperialen Lebensweise“ wird in Analyse & Kritik sowie in der SoZ mit Begeisterung verbreitet. Zur Auseinandersetzung mit der These „Unser Reichtum stammt vor allem aus der Ausbeutung der armen Länder“ vgl. Muggenthaler 2018, Creydt 2021b.

Mystifikationen zu entwirren. Mit einmaliger „Einsicht“ und dem Beitritt zu einer Organisation ist es nicht getan. Mit einem Willensentschluss („Klassenverrat“) reißt niemand sich (à la Münchhausen) aus dem Denken heraus, in dem er sich Jahre lang wie in seinem Element bewegt hat. (Das ist auch aus der Praxis „kognitiver Umstrukturierung“ bekannt, die ein Moment von Psychotherapien bildet. Diese Auseinandersetzung erfordert viele Wiederholungen und kontinuierliches Üben. Die für psychische Probleme konstitutiven Überzeugungen sind immer wieder „neu“ im Alltag zu identifizieren und es gilt, andere Überzeugungen zu entwickeln und zu verankern.)

Argumentationstrainings zu bestimmten Fragen³⁰ reichen günstigenfalls, um sich für eine Kampagne geistig fit zu machen. Eine auf Gesellschaftstransformation angelegte Politik bedarf einer umfassenderen Grundlage. Die Kategorien des Bewusstseins, das die Gesellschaft affirmiert oder akzeptiert, „bilden ein Netzwerk; einzeln ist ihnen nicht beizukommen. Sie gleichen darin der Anlage einer Stadt. Sie schreiben Wege vor, blockieren hier eine Richtung, kanalisieren dort eine andere: ihr Ensemble stellt ein Geflecht von Artikulationsmöglichkeiten dar.“ Das sich selbst als souverän vorstellende Subjekt bewegt sich *in* diesen Netzen, „wir dis-kurrieren darin, laufen hin und her in diesem Netz“ (Haug 1993, 117).

Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Anforderung für den Kampf für die Gesellschaftstransformation sind solche Milieus (mit einer Organisation oder Zeitung als Kern), die Antikörper gegen den hirninfiltrierenden Dauerbeschuss mit bürgerlichen Ideologemen schaffen. Dies geschieht nicht durch „Standpunkte“ oder einige „Grundeinsichten“, die den wenigen Akkorden einer Amateurband gleichen. Etwas anderes erweist sich als unersetzbar: Die Teilnehmer der Bildungs- oder Schulungsarbeit erarbeiten sich, wie noch so sympathisch wirkende Positionen den Ansatz oder Keim für die Affirmation des Bestehenden enthalten.³¹ Zu vergegenwärtigen sind diejenigen Fallen und Verkehrungen der Argumentationen, die dafür sorgen, dass Linke in schöner Regelmäßigkeit auf einmal für die Seite der Gegner argumentieren. „Auf einmal“ – das ist die überraschte oder geschockte Wahrnehmung von denjenigen, die nicht begreifen, wie der Seitenwechsel schon lange vorher in gemeinsam geteilten verwaschenen und undurchdachten Positionen angelegt war. An ihnen nehmen diejenigen keinen Anstoß, die es damit genug sein lassen, dass „wir doch irgendwie dasselbe meinen“.

30 „Ein großer Teil der Initiative (für den erfolgreichen Mieten-Volksentscheid in Berlin – Verf.) war es, Wissen zu teilen, das nötige Handwerkszeug zu identifizieren und einander zugänglich zu machen. Innerhalb der Bewegung haben im letzten Jahr zahllose Trainings stattgefunden: zur Gesprächsführung an der Haustür und auf der Straße, zum Umgang mit Gegenargumenten [...]. DWE (Deutsche Wohnen & Co Enteignen) war und ist damit ein gigantisches Bildungs- und Selbstbildungsprogramm“ (Stadt-AG der Interventionistischen Linken 2021, 22).

31 „Der unverhüllte Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die [...] beginnenden revolutionären Bewegungen [...] im direkten Bündnis mit den Regierungen [...]. Die verkappten Opportunisten [...] sind [...] viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bündnisses [...] durch wohlklingende pseudo,marxistische‘ Worte und pazifistische Losungen tarnen“ (Lenin Werke 23, 97).

Auf diese Idee kommt nur jemand, der in Bezug auf die Erkenntnis gesellschaftlicher Phänomene meint, andere Maßstäbe anlegen zu können als bei der Naturwissenschaft oder im Recht. In Bezug auf diese Bereiche ist vielen bekannt, dass das Besondere nur seinen inhaltlichen Stellenwert gewinnt, wenn erarbeitet wird, welchen Ort es in einer gegliederten Totalität einnimmt. In Bezug auf die Gesellschaft ist die Meinung weit verbreitet, fürs Erkennen reiche Zeitungslektüre oder punktuelle Recherche im Netz. Wer in Bezug auf die Erkenntnisarbeit bei der notwendigen Genauigkeit von „Wortklauberei“ spricht, geht so ähnlich vor, „als wollte man einem Chemiker bei der Herstellung eines Medikaments die Verwendung der Mikrowaage vorwerfen“ (E. A. Rauter). Dabei steckt der Teufel im Detail, und der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert. Bei den meisten Linken rechtfertigt die Sorge um die Umwelt, die Lohnabhängigen, den „globalen Süden“ und was auch immer die Sorglosigkeit der Rede über sie.

Ein solches Gegenmilieu aufzubauen heißt nicht, es sektenhaft abzuschließen. Wohl aber gilt es, sich einer Tatsache zu stellen: Der Austausch mit denjenigen, für die die „normalen“ mystifizierten Denkformen und Urteile eine zweite Natur bilden, übt einen ständigen Sog und Druck aus – in Richtung Affirmation solcher Meinungen und Gedankengänge, die in der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung als „plausibel“, „evident“ und selbstverständlich gelten.³²

Für eine grundlegende Gesellschaftsveränderung einzutreten heißt unausweichlich, als Individuum eine Doppexistenz zu führen. Das Denken, das den Verstand qualifiziert und wach hält für die entsprechenden Aufgaben, unterscheidet sich ums Ganze von der Art und Weise des Redens über Gott und die Welt, das zur zu überwindenden Gesellschaft gehört. Selbstverständlich geht es darum, sich nicht im „richtigen“ Denken abzukapseln, sondern von ihm aus einzugreifen in soziale Auseinandersetzungen. Damit das funktionieren kann, bedarf es aber eines bestimmten Affinitätsmilieus. Nur in ihm können die Beteiligten sich gegenseitig auf dem Stand der notwendigen Erkenntnis halten. „Aufsteigend musst du dich bemühen, doch ohne Mühe sinkst du. Der liebe Gott muss immer ziehen, dem Teufel fällt es von alleine zu“ (Wilhelm Busch).

Schluss – „Zu wenig und zu viel ist dem Narren sein Ziel.“

32 „Aus jedem Besuch des Kinos komme ich bei aller Wachsamkeit dümmer und schlechter wieder heraus. Umgänglichkeit selber ist Teilhabe am Unrecht [...] und das lose, gesellige Wort trägt bei, das Schweigen zu perpetuieren, indem durch die Konzessionen an den Angeredeten dieser im Redenden nochmals erniedrigt wird. [...] Durch die Anpassung an die Schwäche der Unterdrückten bestätigt man in solcher Schwäche die Voraussetzung der Herrschaft“ (Adorno 1976, 21f.) Verschärft wird die „Plausibilität“ des mystifizierten Bewusstseins durch seine Bilderwelt: „Wir wissen nichts über Krebs, aber wir verstehen sofort, inwiefern der Terror Krebs der Gesellschaft ist. Wir wissen nichts über die wirklichen Ursachen von Wirtschaftskrisen, begreifen aber sofort, dass die Regierung notbremsen muss. Wir haben keine politisch extremen Medien, wissen aber sehr wohl, dass beim Schaukeln auf dem linken Ende nur das rechte Ende hochgeschaukelt wird“ (Link 1982, 11). Subjektpositionen bilden sich in diesen Systemen von Kategorien und Symbolen, in denen das Individuum „schwimmt“ und von denen es „an jeder Ecke“ „angequatscht“ wird (Ebd., 13).

Sozialistische Zeitungen, so wäre zu erwarten, arbeiten sich daran ab, die weit verbreitete These zu widerlegen, dass „der Begriff des ‚Sozialismus‘ als eine umfassende Strukturformel für eine Gesellschaftsordnung verwirklichter Emanzipation heute (und nicht erst seit heute) operativ leer“ ist (Offe 1989, 746). „Wer die Gegenthese vertreten wollte, müsste immerhin den folgenden Feststellungen Punkt für Punkt widersprechen können:

Wir wissen nicht, wie die politischen und ökonomischen Institutionen des Sozialismus beschaffen sind;

selbst wenn wir es wüssten, bliebe der Weg zu ihnen unbekannt;

selbst wenn der Weg bekannt wäre, wären relevante Teile der Bevölkerung nicht bereit, ihn zu beschreiten;

selbst wenn sie es wären, bestünde nicht die zureichende Gewähr dafür, dass der dann etablierte Zustand funktionsfähig und gegen Regressionen immun wäre;

selbst wenn auch das der Fall wäre, bliebe noch immer ein großer Teil der heute politisch thematisierten Gesellschaftsprobleme ungelöst“ (Ebd.).

Die Beliebigkeit der Artikel in SoZ und A&K ist ein Symptom. Es verweist auf eine zugrundeliegende Problematik. Kritikwürdig ist nicht, dass schwierig zu beantwortende Fragen nicht beantwortet werden. Die SoZ- und A&K-Redaktionen nehmen die not-wendige Zentrierung auf diese Fragen nicht als Aufgabe wahr. Ihre Veröffentlichungspraxis ähnelt dem luxurierenden und chaotischen Umkreisen eines leer bleibenden Zentrums.

Die beiden in diesem Text exemplarisch untersuchten Zeitungen weisen vier Anteile auf: Erstens wenige lesenswerte Artikel, zweitens eine sich verzettelnde und sich verplempernde Bescheidwisserei. (Es erscheint hier so, als ginge es um Beschäftigungstherapie – für die Autoren wie für die Leser dieser Zeitungen.) Der dritte Anteil besteht aus Auffassungen über Ökonomie, Recht, Staat und repräsentative Demokratie, die ihrem Gegenstand nicht gewachsen sind und linke Klischees darstellen. Ideologien bilden den vierten Anteil. Insgesamt findet sich also auch in diesem Diskurswald viel Totholz.

Literatur

Die Angabe des Hefts (H.) bezieht sich bei Zeitschriften bzw. Zeitungen auf die Reihenfolge innerhalb eines Jahrgangs, die der Nummer (Nr.) auf die insgesamt erschienenen Ausgaben.

Adler, Frank 2022: Wachstumskritik Postwachstum Degrowth. München

Adorno, Theodor W. 1973: Philosophische Terminologie. Zur Einleitung. Bd. 1. Frankfurt M.

Adorno, Theodor W. 1976: Minima Moralia. Frankfurt M.

Adorno, Theodor W. 1979: Soziologische Schriften I. Frankfurt M.

Almási, Miklós 1977: Die Phänomenologie des Scheins. Die Seinsweise der gesellschaftlichen Scheinformen. Budapest

Althusser, Louis; Balibar, Étienne 1972: Das Kapital lesen. Reinbek bei Hamburg

Althusser, Louis 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg

Altwater, Elmar 1975: Wertgesetz und Monopolmacht. In: Argument-Sonderbd. 6, Zur Theorie des Monopols. Berlin

Anders, Günther 2001: Über Heidegger. München

Arbeiterpolitik 1991: Weiße Flecken. Über die Geschichte der Sowjetunion. Beiträge aus der Zeitschrift Arbeiterpolitik 1988-1990. Bremen

- Baron, Christian 2014: Klasse und Klassismus. Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Prokla, Nr. 175, 44. Jg., Bischoff, Joachim; Detje, Richard 1989: Massengesellschaft und Individualität. Hamburg
- Blanke, Bernhard; Jürgens, Ulrich, Kastendiek, Hans 1975: Kritik der Politischen Wissenschaft. Frankfurt M.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang 1976: Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt Main
- Bourdieu, Pierre 1998: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Konstanz
- Choonara, Esme; Prasad, Yuri 2014: What's wrong with privilege theory? In: International Socialism, Nr. 142. London <https://isj.org.uk/whats-wrong-with-privilege-theory/>
- Coletti, Lucio 1971: Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale. Frankfurt M.
- Creydt, Meinhard 1999: Die Grünen – Verstaatlichung einer Partei. Zu den Grenzen und Konsequenzen von ‚Realpolitik‘. In: Utopie kreativ, Nr. 108 Berlin
- Meine Artikel finden sich auf www.meinhard-creydt.de
- Creydt, Meinhard 2000: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Gestaltungspessimismus und Utopismus im gesellschaftstheoretischen Denken. Frankfurt M.
- Creydt, Meinhard 2007/2008: Demokratie als Form. Teil 1 in: Streifzüge Nr. 41, 2007, Wien. Teil 2 in Nr. 42, 2008
- Creydt, Meinhard 2017: Die Idealisierung der Staatspolitik und des Sozialstaats in der Kritik am ‚Neoliberalismus‘. In: Telepolis, 23.7.2017
- Creydt, Meinhard 2018: Zum Verhältnis zwischen Struktur und Handlung im Kapitalismus. In: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft
- Creydt, Meinhard 2019: Ökosystem-Denken und Ökologismus. In: Telepolis, 6.10.2019
- Creydt, Meinhard 2020a: Warum Gerechtigkeit nicht im Zentrum steht. In: Telepolis 20.6. 2020 und in Streifzüge Nr. 78, Wien
- Creydt, Meinhard 2020b: Formkritik in guter Form. Ausschnitte aus Texten von Franz Schandl www.meinhard-creydt.de/archives/1010
- Creydt, Meinhard 2021: Die blinden Flecken der Klimaschutzbewegungen. In: Telepolis 21.8. 2021
- Creydt, Meinhard 2021a: Grundlegende Probleme von ‚Klassismus‘-Konzepten. In: Das Argument, Nr. 337
- Creydt, Meinhard 2021b: Stimmt die These ‚Unser Reichtum stammt aus der Ausbeutung der armen Länder?‘ In: Telepolis, 29.4.
- Creydt, Meinhard 2021c: Terry Eagletons Analyse und Kritik populärer postmoderner Denkweisen. RLS-Papers 1/2021
- Debord, Guy 1971: Die Gesellschaft des Spektakels. Düsseldorf
- Demirovic, Alex. 1999: Der nonkonformistische Intellektuelle. Frankfurt M.
- Detjen Joachim 2009: Verfassungswerte. Welche Werte bestimmen das Grundgesetz? Bonn
- Deutscher, Isaac 1972: Trotzki. Bd. I. Stuttgart
- Ebmeier, Jochen 1970: Das kommunistische Programm und die Übergangsforderungen. In: Die Vierte Internationale. Hg. von den Internationalen Kommunisten Deutschland (IKD), Nr. 1. Westberlin
- Eisel, Ulrich 2009: Sokrates und die Praktiker – eine Polemik über die Wirklichkeit der ökologischen Krise. In: Reinhard Piechoki, Karl-Heinz Erdmann (Bearb.): Naturschutzbegründungen im Visier. Konflikte um ökologische und ethische Argumentationsmuster. Veröffentlichungen des Bundesamtes für Naturschutz, BfN-Skripte 254, Bonn-Bad Godesberg
- Feuerbach, Ludwig 1846: Über den Anfang der Philosophie. In: Ders.: Sämtliche Werke, Bd. 2, Leipzig
- Fleischer, Helmut 1987: Ethik ohne Imperativ. Zur Kritik des moralischen Bewusstseins. Frankfurt M.
- Gegenstandpunkt 2005: Hegels Wissenschaft der Logik. Vorgeführt an typischen Fehlern bürgerlicher Wissenschaft <https://www.contradictio.de/hegel-logik.html>
- Genner, Julian 2021: Preppen – Private Krisenvorsorge zwischen Bürgerpflicht, Lebensstil und Staatskepsis. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 05.03.2021
- Godelier, Maurice 1977: Perspectives in Marxist Anthropology. New York
- GRZ (Gruppe Rheinische Zeitung) 1976: Opportunismus als Orientierung (Circular 4). Bonn <http://www.meinhard-creydt.de/zur-kritik-der-%e2%80%9egewerkschaftlichen-orientierung-%e2%80%9c-als-studentisches-politikkonzept>
- Hall, Stuart 1984: Ideologie und Ökonomie. In: Projekt Ideologietheorie (Hg.): Die camera obscura der Ideologie. Berlin
- Haug, Wolfgang Fritz 1976: Vorlesungen zur Einführung ins ‚Kapital‘. Köln

- Haug, Wolfgang Fritz 1993: Elemente einer Theorie des Ideologischen. Hamburg
- Hegel, Georg Friedrich Wilhelm: Werke. Hg. v. Eva Moldenhauer, Karl Markus Michel. Frankfurt M. 1970
- Hesselberger, Dieter 2003: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung. Bonn
- Hohn, Hannes; Suchanek, Martin 1997: Reformistische Tagträume linker Marschierer. In: Revolutionärer Marxismus Nr. 22, Wien
- IKD (Internationale Kommunisten Deutschland) 1970: Marxismus oder Empirio-Dogmatismus. Westberlin
- Imhof, Werner 1999: Die Sackgasse der Betriebs- und Gewerkschaftslinken. In: <http://archiv.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/sackgasse.html>
- Imhof, Werner 2006: ‚Die Reichtümer teilen, nicht das Elend‘. Zur Kritik einer Losung. In: Sozialistische Hefte, Nr. 6. Köln
- Jaeggi, Rahel 2010: Was ist Ideologiekritik? In: Dies., Tilo Wesche (Hg.): Was ist Kritik? Frankfurt M.
- Keller, Lars 2021: Vom Kapitalismus, dem Verkehr und seiner Wende. In: Revolutionärer Marxismus, Nr. 54, Berlin
- Kosik, Karel 1976: Dialektik des Konkreten. Frankfurt M.
- Kováts, Eszter; Land, Thomas 2021: Klassismus – Wie die Analyse der Ausbeutung durch Anerkennung der Diskriminierten ersetzt wird. <http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/texte/article/klassismus>
- Kracauer, Siegfried 1977: Das Ornament der Masse. Frankfurt M.
- Krölls, Albert 2013: Kapitalismus Rechtsstaat Menschenrechte. Hamburg
- Krumbein, Wolfgang; Fricke, Julian; Hellmer, Fritz; Oelschlägel, Hauke 2014: Finanzmarktkapitalismus? Zur Kritik einer gängigen Kriseninterpretation und Zeitdiagnose. Marburg
- Link, Jürgen 1982: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. In: Kultur-Revolution – Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, Nr. 1
- Mahnkopf, Birgit 2015: So wie es ist, bleibt es nicht. In: Luxemburg, H. 2
- Mandel, Ernest 1972: Marxistische Wirtschaftstheorie. Bd. 2. Frankfurt M.
- Marx, Karl 1974: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin/DDR
- Marxistische Gruppe Erlangen/Theoriefraktion 1973: Circular Nr. 3. Erlangen
- Muggenthaler, Ferdinand 2018: Die Stofflichkeit von Ausbeutung. In: Luxemburg, H. 2. Berlin
- Musil, Robert 1981: Der Mann ohne Eigenschaften. Reinbek bei Hamburg
- Narr, Wolf-Dieter; Roth, Roland 1996: Wider die verhängnisvolle Bescheidenheit. Teil 2. In: Prokla, Nr. 103
- Negt, Oskar 1980: Alternative Politikformen als politische Alternative? In: Roland Roth (Hg.): Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen. Frankfurt M.
- Offe, Claus 1972 : Politische Herrschaft und Klassenherrschaft. In: Gisela Kress, Dieter Senghaas (Hg.): Politikwissenschaft. Frankfurt M.
- Offe, Claus 1989: Bindung, Fessel, Bremse. In: Axel Honneth u.a. (Hg.): Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Frankfurt M.
- Paschukanis, Eugen B. 1929: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Wien, Berlin
- Paulsen, Kai 2020: Bernd Riexingers illusionäre Erwartungen an die Konversion der Autoindustrie In: Die Berliner Umweltzeitung – Der Rabe Ralf, Dezember 2020 <https://www.grueneliga-berlin.de/wp-content/uploads/2020/12/DER-RABE-RALF-Die-Berliner-Umweltzeitung-Dezember-2020-Januar-2021-Gruene-Liga-Berlin.pdf>
- Pyta, Wolfram; Orth, Rainer 2021: Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden können. In: Historische Zeitschrift, Nr. 312, Heft 2
- Redaktion Schwarze Protokolle 1973: Editorial. In: Schwarze Protokolle, Nr 3. Berlin
- Rosental, Mark Moiseevic 1969: Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx. Berlin
- Sandleben, Günter; Schäfer, Jakob 2013: Apologie von links. Zur Kritik gängiger Krisentheorien. Köln
- Saß, Peter 1978: Das Großkapital und der Monopolprofit. Industrielle Unternehmensgröße und Profitrate in der BRD. Hamburg
- Schimank, Uwe 1983: Neuromantischer Protest im Spätkapitalismus. Bielefeld
- Serge, Victor 1977: Erinnerungen eines Revolutionärs. Hamburg
- Sieferle, Rolf Peter 1979: Die Revolution in der Theorie von Karl Marx. Frankfurt M.
- Stadt-AG der Interventionistischen Linken 2021: Was hat den Erfolg des Volksentscheids für Vergesellschaftung von Wohnraum möglich gemacht? In: Analyse & Kritik, Nr. 675, S. 19f.
- Smith, Adam 2009: Der Wohlstand der Nationen. Frankfurt M.

- Stein, Kilian 2012: Die juristische Weltanschauung. Das rechtstheoretische Potenzial der Marxschen „Kritik“.
Hamburg
- Steinfeld, Thomas 1991: Der grobe Ton. Kleine Logik des gelehrten Anstands. Frankfurt M.
- Thürmer-Rohr, Christina 1999: Vagabundinnen. Feministische Essays. Frankfurt M.
- Tuschling, Burkhard 1976: Rechtsform und Produktionsverhältnisse. Frankfurt M.
- Wendl, Michael 2013: Machttheorie oder Werttheorie. Hamburg
- Werner, Alban 2018: Der verstreute Marxismus der Linkspartei. In: oxiblog 2.10.2018
<https://oxiblog.de/der-verstreute-marxismus-der-linkspartei/>
- Wirth, Margaret 1973: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Prokla Nr. 8/9
- Wolf, Winfried 2009: Replik zum Artikel „Faszination Auto“ (von M. Creydt). In: Sozialistische Zeitung, 24.
Jahrgang, Heft 9
- Ziegler, Petra; Schandl, Franz 2018: " Nein, statt ja aber ..." , Streifzüge Nr.73, 2018